

Philippinen

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	6
Deutsche Rüstungsexporte	6
Militärausgaben	11
Lokale Rüstungsindustrie	13
Streitkräftestruktur	14
Bewaffnung der Streitkräfte	15
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	19
Polizei und andere Sicherheitskräfte	21

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	23
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	23
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	24
Innere Lage im Empfängerland	28
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	30
Bedrohung von Alliierten	32
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	32
Unerlaubte Wiederausfuhr	34
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	35

ZUSAMMENFASSUNG

Sicherheitssektor in den Philippinen

Die Philippinen empfangen traditionell einen Großteil ihrer Rüstungsgüter aus den USA. In den letzten Jahren haben sich zudem auch Südkorea und Indonesien, sowie Israel als wichtige Lieferanten hervorgetan. Zwischen 2018 und 2022 war Südkorea der wichtigste Lieferant, gefolgt von Israel und den USA. Deutschland liefert hauptsächlich technische Komponenten und Klein- und Leichtwaffen. 2020 wurde mit einem Gesamtwert von fast 25 Millionen Euro, bedingt durch die Genehmigung von Flugkörpern, Unterwasserortungsgeräten und entsprechenden Teilen dafür, ein Höchstwert erzielt.

Im Rahmen des „Capability Upgrade Program (CUP)“ der philippinischen Streitkräfte werden insbesondere Waffen für die Infanterie, Landfahrzeuge, moderne Kommunikationsausrüstung sowie Schiffe beschafft. Besonderer Schwerpunkt der aktuellen Modernisierung liegt auf der philippinischen Luftwaffe, der eine besondere Rolle bei der Bekämpfung von Aufständischen zugeschrieben wird.

Die philippinische Rüstungsindustrie ist insbesondere auf die Produktion von Klein- und Leichtwaffen spezialisiert. Daneben wurde jedoch auch der gepanzerte Mannschaftstransporter vom TYP SIMBA des britischen Unternehmens GKN Defence Ltd. in Lizenz produziert. Bereits im Juni 2006 wurden neue Anstrengungen der philippinischen Regierung deutlich, die Rüstungsindustrie unabhängiger und die philippinischen Teilstreitkräfte weniger abhängig von äußeren Versorgungen (Munition, Waffen und militärische Fahrzeuge) zu machen. Im Zuge dessen unterzeichneten vier staatliche Stellen ein „Memorandum of Understanding“, das zum Ziel hat, Anstrengungen zu bündeln, um die staatliche Rüstungsindustrie eigenständiger zu machen.

Seit 2002 sind die philippinischen Streitkräfte weitestgehend abhängig von US-Militärhilfe, die zur Bekämpfung des Terrorismus dient, insbesondere gegen die Abu Sayyaf Gruppe. Die US-Militärhilfe diente den Philippinen zur Beschaffung neuer Rüstungsgüter und zum Training der eigenen Streitkräfte und tut dies teilweise auch heute noch. Seit 2007 oszilliert die philippinische Sicherheitspolitik jedoch, je nach amtierendem:amtierender Präsident:in, zwischen Hinwendung zur USA und zu China. So kündigte zuletzt Rodrigo Duterte im Jahr 2020 bspw. eines von drei wichtigen und historischen Kooperations-Abkommen, das „Armed Forces Visiting“-Abkommen, mit den USA auf. Zwei weitere wichtige Abkommen (der „Mutual Defense Treaty“ und das „Enhanced Defense Cooperation Agreement“) bleiben zwar bestehen, verlieren aber ohne die Kopplung das das AFV ihre Wirkung hinsichtlich einiger wichtiger Vertragsbestandteile. Zeitgleich steckt das Land in einer Zwickmühle, denn China verletzt regelmäßig auch die Ausschließliche Wirtschaftszone der Philippinen und wird damit in den Augen vieler Filipinos und Filipinas als Bedrohung wahrgenommen. Trotz der pro-chinesischen Politik des ehemaligen Präsidenten Duterte erhöhten sich also nach wie vor die Spannungen im südchinesischen Meer und das Land hält nach wie vor Militärmanöver mit den USA ab.

Das Heer hat bei der Bekämpfung Aufständischer eine besondere Rolle. Daher ist die Ausstattung eher auf Flexibilität und Mobilität ausgelegt. Der allgemeine Zustand des philippinischen Heeres ist jedoch schwach. Berichte gehen davon aus, dass die philippinische

Armee eine der schwächsten Armeen in der gesamten Region ist. Die philippinische Marine ist besonders mit schnellen Patrouillenbooten und Amphibienfahrzeugen ausgestattet, die der Geografie des Landes gerecht werden. Die Ausrüstung ist jedoch veraltet und befindet sich in einem desolaten Zustand. Anstrengungen, die Marine moderner auszustatten, sind in der Vergangenheit häufig im Sande verlaufen. Durch die Auslagerung der Küstenwache aus der Marine kam es zu einer höheren Effektivität bei der Aufstandsbekämpfung und der Kontrolle der Küstengewässer. Dabei beziehen sich die Aufgaben der Küstenwache als Strafverfolgungsbehörde auf die Bekämpfung von (Drogen-)Schmuggel, illegaler Fischerei und Piraterie. Auf diese Aufgaben ist die technische Ausrüstung ausgerichtet.

Auch die Luftwaffe befindet sich allgemein in einem schlechten Zustand und die Servicekapazität ist ebenso als schlecht zu bewerten. Vor diesem Hintergrund ist die Bedeutung zu verstehen, die die Luftwaffe im Rahmen des umfangreichen Beschaffungsprogramms (CUP) erfährt. Die philippinische Luftwaffe plant die Anschaffung von Kampfflugzeugen der vierten Generation. An welches Land letztlich der Auftrag geht, ist derzeit offen. Laut Berichten werden die russische Mig-29 Fulcrum und die US-amerikanische F/A-18 Hornet favorisiert.

Die philippinischen Streitkräfte (AFP) nehmen eine wichtige Rolle innerhalb der philippinischen Gesellschaft ein. Trotz ihrer geringen militärischen Kapazität und der unzureichenden Ausstattung, die sie zu einer der schwächsten Militärs in der Region machen, sind die AFP eine zentrale Machtstütze der Regierung. Die anhaltend starke Verschränkung zwischen Militär und Gesellschaft geht auf die Zeit von Ferdinand Marcos zurück. Insbesondere die fehlende Professionalität innerhalb des Militärs, in dem Loyalität mehr als die eigentliche Ausbildung zählte, führte auf zwei Ebenen zu einer kritischen Rolle innerhalb der Gesellschaft: Einerseits wurden viele Angehörige der AFP von Marcos mit Posten in der Regierung oder zivilen Einrichtungen bedacht. Andererseits führte auch die fehlende Professionalität innerhalb der Streitkräfte zu einer Brutalisierung der Aufstandsbekämpfung, die dazu auch noch sehr ineffektiv war. Mit dem Ende der Herrschaft Marcos 1986 und der Verabschiedung einer neuen Verfassung, wurden die AFP unter zivile Kontrolle gestellt. Das Militär ist extrem politisiert und es gab in kaum einem anderen Land der Region mehr Putschversuche als auf den Philippinen. Über viele Jahre, gestützt von vielen Präsident:innen, etablierte sich das Militär als Elite des Landes und festigte so seine Position innerhalb der Gesellschaft.

Auch unter der Regierung Duterte spielte das Militär eine gewichtige innenpolitische Rolle. So wurde die Rolle des Militärs im „Krieg gegen die Drogen“ ausgeweitet und auch zur Durchsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie eingesetzt. Der erneut starke Einfluss des Militärs wird einerseits als Erosion der Demokratie kritisiert; andererseits von vielen befürwortet. So erreicht das Militär einer Umfrage des [Social Weather Station](#) mit 79 Prozent hohe Vertrauenswerte (Stand: 2019) und erlangt auch im Befragungszeitraum 2017-2020 des [World Value Survey](#) rund 77 Prozent Vertrauen.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Hinsichtlich den EU-Exportkriterien zu Militärtechnologie zeichnet sich ein problematisches Bild ab. Die Menschenrechte waren und sind weiterhin kontroverses Thema auf den Philippinen. Im Zuge der Jahrzehnte andauernden Konflikte sind immer wieder die beteiligten Parteien, sowohl die Regierung als auch die zahlreichen Sezessionsbewegungen, massiver Menschenrechtsverletzungen beschuldigt worden. Insbesondere beim Kampf der Regierung gegen die kommunistischen Gruppierungen kam es immer wieder zu zahlreichen und erheblichen Menschenrechtsverletzungen. Die größten Menschenrechtsprobleme auf den Philippinen betreffen außergerichtliche Tötungen durch nationale, regionale und lokale Beamten:innen sowie durch Aufständische. Weitere gravierende Menschenrechtsverletzungen betreffen Folter und Missbrauch von Häftlingen durch die Sicherheitskräfte, Gewalt gegen Journalist:innen und Menschenrechtsaktivist:innen sowie das Verschwinden von Personen und Vertreibungen. Besonders betroffen sind die Menschen in der Region Mindanao, in der seit 1972 ein Konflikt zwischen der Regierung und separatistischen Rebell:innen ausgetragen wird und beide Parteien sich zahlreicher Menschenrechtsverbrechen, wie Massentötungen, schuldig gemacht haben. Dieser Konflikt gilt als einer der am längsten andauernden bewaffneten Konflikte in Südostasien. Fünf Jahrzehnte nach seinem gewaltsamen Ausbruch leidet die Zivilbevölkerung nach wie vor unter regelmäßigen bewaffneten Auseinandersetzungen, unterbrochen von nur mehr oder weniger effektiven Waffenstillstandsvereinbarungen zwischen den Rebell:innenarmeen (zuerst der Moro National Liberation Front (MNLF), später der Moro Islamic Liberation Front (MILF)) und dem philippinischen Militär (AFP). Zudem gibt es zahlreiche Splittergruppierungen und (Familien-)Clans, die zunehmend Einfluss auf das Konfliktgeschehen nehmen.

Die Anti-Terror Operationen, häufig unterstützt durch die USA, haben in den letzten Jahren zu einer Schwächung der Abu Sayyaf Gruppe (ASG) geführt, konnten die Gruppe jedoch nicht zerschlagen. Dennoch bleiben die grundlegenden Ursachen des Konflikts, wirtschaftliche Rückständigkeit gegenüber dem katholischen Norden, mangelnde Chancengleichheit, fehlende Bildungsmöglichkeiten und sozioökonomische und machtpolitische Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Ethnien, weiter ungelöst.

Die Filipinos und Filipinas befinden sich in einer angespannten Weltregion, die zahlreichen Konfliktarten ausgesetzt ist, die die allgemeine Stabilität bedrohen: Bedrohung der Seewege durch Piraterie, aufstrebender islamistischer Terrorismus und zahlreiche innerstaatliche Konflikte. Das wohl größte zwischenstaatliche Konfliktpotential besteht in dem ungelösten Konflikt um die Paracel- und Spratly-Inseln, die von Brunei, der VR China, Malaysia, den Philippinen, Taiwan und Vietnam beansprucht werden. Problematisch ist, dass mit Ausnahme von Brunei alle anderen Staaten Teile des Inselarchipels besetzt halten und so eine Lösung verkomplizieren.

Viele umliegende Staaten haben innere Konflikte, so Myanmar und Indonesien. Häufige Ursachen der Konflikte sind neben sozioökonomischen Spannungen insbesondere Machtfragen sowie Terrorismus. Die Bombenanschläge von Bali 2002 in Indonesien haben die Stabilität der gesamten Region erschüttert und zu einem verstärkten Kampf gegen den internationalen Terrorismus geführt. Darüber hinaus führen die innerstaatlichen Konflikte zur Entstehung regelrechter Bürgerkriegsökonomien, die den Drogenhandel und andere illegale Aktivitäten fördern.

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 3.950 US-Dollar gelten die Philippinen als „lower-middle income country“. Der Staat weist keine außergewöhnlich hohe Auslandsverschuldung oder besondere Abhängigkeiten (etwa von Entwicklungsgeldern oder speziellen Sektoren) auf – die Wirtschaft gilt als mittelgradig diversifiziert, mittelmäßig wettbewerbsfähig und relativ krisenfest. Soziale Stressoren bestehen keine. Vulnerabel sind die Philippinen jedoch in Bezug auf Naturkatastrophen. Stabile Wachstumsraten lassen vermuten, dass das Land in naher Zukunft zu einem „upper-middle income country“ aufsteigen könnte. Auch die soziale Entwicklung liegt mit einem HDI-Wert von 0,699 nur ganz knapp unter der Klasse der Länder mit einer hohen menschlichen Entwicklung. In den vergangenen Dekaden konnten große Fortschritte hinsichtlich wichtiger Indikatoren erreicht werden. Eine jüngste Stagnation hinsichtlich einiger Ziele ist vermutlich auf die Covid-19 Pandemie zurückzuführen. Die Gesundheits- und Bildungsausgaben gelten mit 4,3 % bzw. 3,6 % am BIP nicht als besonders hoch – im Hinblick auf die niedrigen Militärausgaben (1,2 %) aber auch nicht als unangemessen niedrig. Eine Gefahr, dass überhöhte Militärausgaben die Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen ist derzeit nicht gegeben.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2022 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Revolver und Pistolen: 100%	0,13
2000	Revolver und Pistolen: 100%	0,0002
2001	Sportpistolen und -revolver: 100%	0,0025
2002	Übungsschießgeräte und unterkalibrige Übungsmunition: 94,3%	0,38
2003	Panzerplatten: 100%	0,02
2004	Navigationssysteme, inkl. -teile: 81,9% Übungspatronen: 13,3%	1,2
2005	Trainingsflugzeuge: 53% Geländewagen: 39,5%	0,67
2006	Geländewagen: 85,3%	0,61
2007	Gewehre, Maschinengewehre, Maschinenpistolen, Scharfschützengewehre, Pistolen, Sportgewehre, Schalldämpfer, Waffenzielgeräte und Teile für Gewehre, Maschinengewehre: 100%	0,65
2008	Maschinenpistolen, Pistolen: 85%	1,06
2009	Sekundärradarsystem: 97,3% Maschinenpistolen, Gewehre mit KWL-Nummer, Pistolen, Rohrwapfen-Lafetten und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Pistolen: 65,5% Teile für elektronische Ausrüstung: 33,6%	0,71
2010	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 53,3% Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Schalldämpfer und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen: 34%	1,84
2011	Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer: 75,5% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 9,3%	0,53
2012	Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Maschinengewehre, Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Maschinengewehre: 58% Übungspatronen für Artillerie- Trainingssystem: 36,8%	1,11
2013	Munition für Waffenübungsgeräte: 91,9%	0,47
2014	Teile für Transportflugzeuge und Hubschrauber: 77,9% Mörser-Trainingsysteme: 21,8%	0,31
2015	Teile für Kampfflugzeuge und Transportflugzeuge: 91,9%	1,72
2016	Detektionsausrüstung und Teile für Detektionsausrüstung: 78,5% Teile für Transportflugzeuge: 11,8%	0,06

LÄNDERBERICHT \ PHILIPPINEN

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2017	Fallschirme und Teile für Hubschrauber, Fallschirme: 73,2% Teile für Zielerfassungssysteme: 24,3%	1,13
2018	Zielerfassungssysteme, Prüfausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Zielerfassungssysteme: 73,0% Elektronische Ausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Navigationsausrüstung: 26,4%	13,73
2019	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung: 62,7% Teile für Abfeuerausrüstung: 30,2%	1,08
2020	Flugkörper und Teile für Flugkörper: 65,2% Unterwasserortungsgeräte und Teile für Unterwasserortungsgeräte: 27,5%	24,84
2021	Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 48,4% Teile für Kampfschiffe: 43,1%	2,08
2022	Scheinzielpatronen: 69,8 % Elektronische Ausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung: 28,4 %	5,51

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2022, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

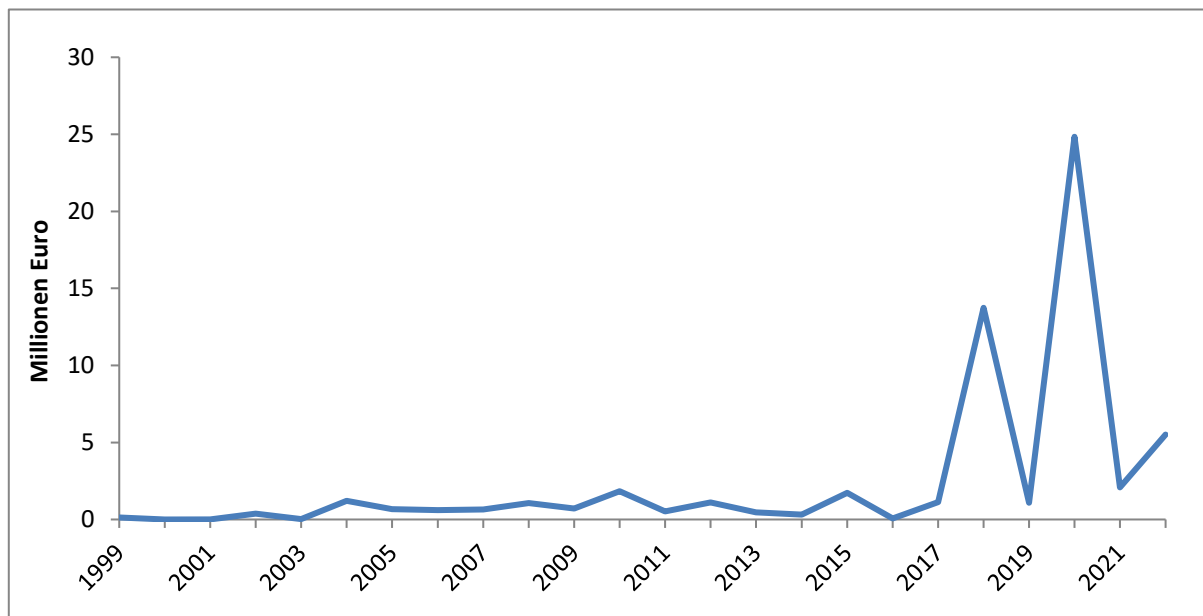
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2022

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland an die Philippinen 2000-2022

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
5	Bell-205/UH-1D	Hubschrauber	(2013)	2013	5	Gebraucht
4	MAN-8LX27/38	Dieselmotor	2014	2016-2017	4	Für vier amphibische Angriffs- und Landungsschiffe (Typ Tarlac) aus Indonesien
8	MTU-1163	Dieselmotor	(2017)	2020-2021	8	Für 2 HHI-2600 (Rizal) Fregatten aus Südkorea
(130)	AIM-9L/I Sidewinder	Kurzstrecken-Luft-Luftrakete	(2017)	2019-2020	(130)	Für F/A-50 Kampfflugzeuge; AIM-9L/I-1 Version

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
2	TRS-3D	Luft-/Meeressuchradar	(2017)	2020-2021	2	Für 2 HHI-2600 (Rizal) Fregatten aus Südkorea
(20)	MTU 8V199-TE20	Dieselmotor	2021	2022	(1)	Für zwanzig Sabrah Panzer aus Israel
4	MAN-8LX27/38	Dieselmotor	(2022)			Für zwei amphibische Angriffs- und Landungsschiffe (Typ Tarlac) aus Indonesien

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen an die Philippinen 2018-2022, Mio. TIV¹

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2018-2022
Summe	17	185	348	337	338	1225

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen an die Philippinen 2018-2022, Mio. TIV

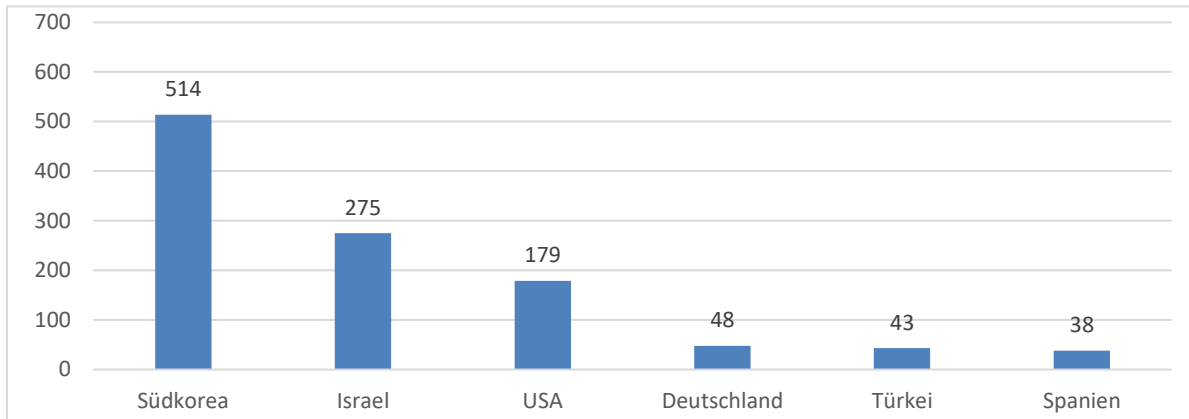
Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2018-2022
Summe	-	8	24	16	0	48

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2018-2022, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Mai 2023) nahmen die Philippinen zwischen 2018 und 2022 die 23. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. In diesem Zeitraum war Südkorea wichtigster Rüstungslieferant der Philippinen, gefolgt von Israel und den USA. Südkorea nahm speziell im Hinblick auf maritime Rüstungsgüter eine Sonderrolle ein, die USA lieferten vornehmlich Ausrüstung für die Luftfahrt.

Deutschland liefert grundsätzlich nur sehr begrenzt Rüstungsgüter an die Philippinen. Neben den 2013 gelieferten fünf Hubschraubern vom Typ Bell-205/UH-1D wurde 2017 die Lieferung von 130 AIM-9L/I Sidewinder Kurstreckenraketen für die philippinischen F/A-50 Jets genehmigt, die bis Ende 2020 ausgeliefert wurden. 2020 wurde mit einem Gesamtwert von fast 25 Millionen ein neuer Höchstwert erzielt, was neben den gelieferten Luft-Luftraketen auch auf die (Teil-)Lieferung von zwei TRS-3D Luft- und Meeresradaren zurückzuführen sein dürfte. Diese Radarsysteme sind für 2 HHI-2600 (Rizal) Fregatten aus Südkorea bestimmt. Auf sieben Ausfuhrgenehmigungen kamen im selben Jahr zwei Ablehnungen mit einem Gesamtwert von knapp 34 Tausend Euro, die mit den Kriterien 2 (Nicht-Einhaltung der Menschenrechte), 3 (Innerstaatliche Konflikte) und 7 (Risiko der Wiederausfuhr) des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union abgelehnt wurden. 2022 wurde mit 5,51 Mio. Euro der dritthöchste Wert erzielt. Drei Lieferungen im Wert von 1,09 Mio. wurden abgelehnt.

Im Rahmen des „Capability Upgrade Program (CUP)“ der philippinischen Streitkräfte werden auch Waffen für die Infanterie, Landfahrzeuge, moderne Kommunikationsausrüstung sowie raketengestützte Schiffe beschafft. Parallel dazu hat die Regierung ein straffes Beschaffungsprogramm verkündete, das insgesamt 24 Modernisierungsprojekte für die Streitkräfte umfasst. Die seit 2009 kontinuierlich steigenden absoluten Verteidigungsausgaben (Ausnahme 2014 und 2018) deuten darauf hin, dass die Philippinen ein gestiegenes Bedürfnis an eigenständigen Kapazitäten zur Verteidigung der territorialen Ansprüche im südchinesischen Meer haben. Ein Schwerpunkt der aktuellen Modernisierung liegt jedoch auch auf der philippinischen Luftwaffe, der eine besondere Rolle bei der Bekämpfung von Aufständischen zugeschrieben wird.

Südkorea lieferte zwischen 2015 und 2017 bspw. zwölf Abfangjäger vom Typ FA-50 im Rahmen eines 360-430 Millionen-US-Dollar-Geschäfts. Im Dezember 2016 wurde der Kauf von zwei US-amerikanischen Luftaufklärungsradarsystemen beschlossen. Zwischen 2018 und 2019 lieferten die USA u. a. Flugzeugmotoren sowie Fluggeräte, darunter 16 S-70 Black Hawk Transporthubschrauber, von denen die Philippinen 2022 32 weitere orderten, zwei C-130H Hercules Transportflugzeuge, fünf C-130J Hercules Transportflugzeuge, vier Cessna-172 Trainings-/Leichtflugzeuge sowie insgesamt 14 ScanEagle Drohnen. Die Lieferung von einem leichten Cessna-208 Caravan Transportflugzeug steht noch aus; die Maschine war 2021 geordert worden. Drohnen beschafften die Philippinen auch aus Israel: 2019 bis 2020 erhielten sie vier Hermes-450 und neun Hermes-900 Drohnen. Fluggeräte lieferten auch Spanien und die Türkei in dem genannten Zeitraum: So lieferte Spanien 2019 bzw. 2022 insgesamt drei C-295 Transportflugzeuge; eine weitere Maschine soll folgen. Aus der Türkei importierten die Philippinen 2022 vier von sechs geordneten T-129B ATAK Kampfhubschraubern.

Auch für die Marine werden neue Waffensysteme beschafft. Die Ausschreibung zur Konstruktion von zwei strategischen Landungsbooten hat der indonesische Schiffbauer PT PAL gewonnen. Diese wurden 2016 bis 2017 geliefert. Den 2013 ausgeschriebenen Auftrag des philippinischen Verteidigungsministeriums für zwei neue Fregatten erhielt im September 2016 der südkoreanische Hersteller Hyundai Heavy Industries. 2019 lieferte Südkorea eine gebrauchte Po Hang Korvette, 2020-2021 dann zwei HHI-2600 Fregatten. 2021 wurden zwei weitere HHI Fregatten geordert und eine weitere Po Hang Korvette soll von Südkorea gestiftet werden. Auch ein gebrauchtes Landungsschiff vom Typ LCU-1610 wurde 2021 gestiftet. Darüber hinaus schlossen Südkorea und die Philippinen 2022 ein 573 Mio. US-Dollar Geschäft über den Kauf von sechs HHI-2400 Hochseepatrouillenbooten ab. Aus Israel erhielten die Philippinen 2022 fünf Shaldag Mk-5 Patrouillenboote. Aus den USA wurden zwei gebrauchte Offshore Patrouillenboote der Hamilton-Klasse gestiftet. 2022 bestellten die Philippinen zwei gebrauchte US-amerikanische Cyclone Patrouillenboote. Zudem wurden im Juli 2015 zwei Landungsboote vom Typ Balikpapan von Australien akquiriert, die drei Jahre zuvor von der australischen Marine außer Dienst gestellt worden waren. 2016 wurden drei weitere australische Landungsboote vom gleichen Typ gekauft. Zwischen 2015 und 2016 lieferte Japan zwölf neue Patrouillenboote für Langstreckeneinsätze.

Militärausgaben

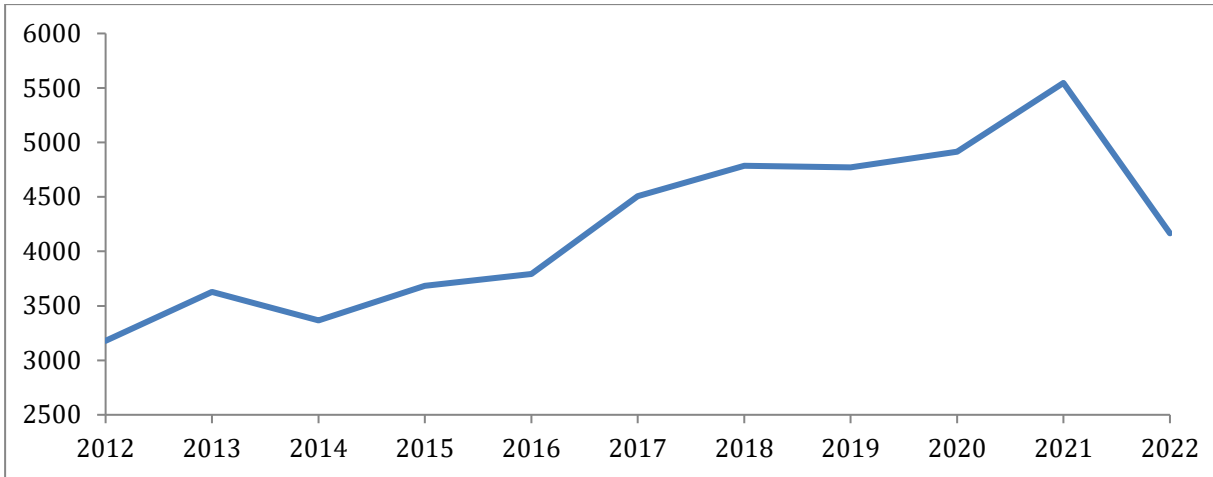
Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

	2018	2019	2020	2021	2022
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	4787	4772	4915	5546	4167
Anteil am BIP (in Prozent)	1,2	1,1	1,3	1,4	1,0
Anteil an Staatsausgaben: (in Prozent)	5,7	5,2	4,9	5,3	3,9

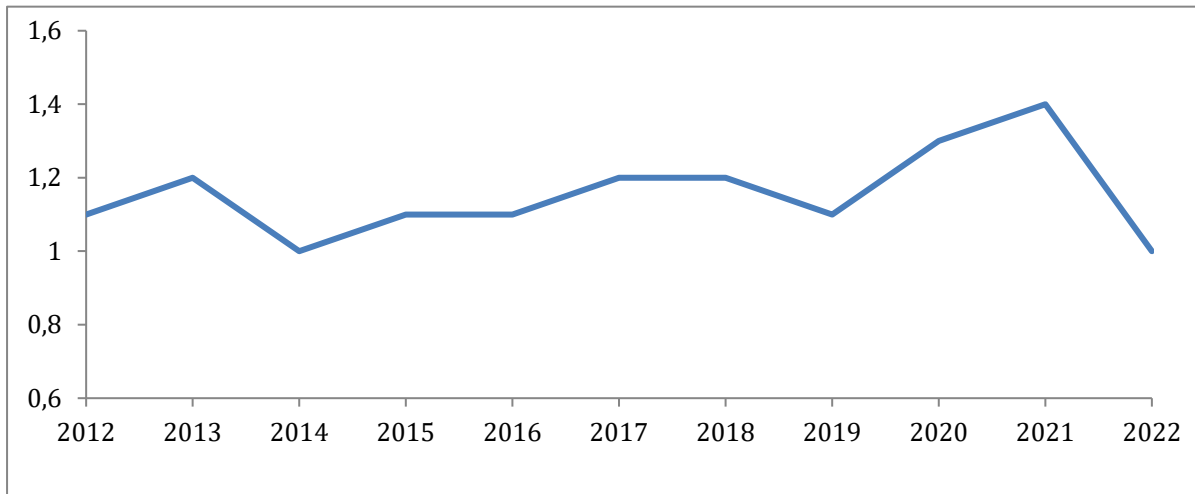
Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3
Absolute Militärausgaben, Trend 2012 – 2022 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2021.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4
Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2012 – 2022 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die philippinische Rüstungsindustrie ist insbesondere auf die Produktion von Klein- und Leichtwaffen für die eigene Armee und den Export spezialisiert. Hier sind beispielsweise die Unternehmen Arm Scor Global Defense Inc., die Floro-Unternehmensgruppe und Government Arsenal zu nennen. Daneben wurde jedoch auch der gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ SIMBA vom britischen Unternehmen GKN Defence Ltd. in Lizenz produziert, was verdeutlicht, dass die Kapazitäten weit über den Klein- und Leichtwaffenbereich hinausgehen. Bereits im Juni 2006 wurden neue Anstrengungen der philippinischen Regierung deutlich, die Rüstungsindustrie unabhängiger und die philippinischen Teilstreitkräfte weniger abhängig von äußeren Versorgungen (Munition, Waffen und militärische Fahrzeuge) zu machen. Im Zuge dessen unterzeichneten vier staatliche Stellen ein „Memorandum of Understanding“, das zum Ziel hat, Anstrengungen zu bündeln und die staatliche Rüstungsindustrie eigenständig zu machen. 2021 kündigten die Philippinen daher an, etwa sieben bis acht Militärgelände (etwa in Fort Bonifacio, Camp Evangelista und Maguindanao) in verteidigungsindustrielle Komplexe umwandeln zu wollen. Somit sollen auch ausländische Unternehmen ermutigt werden, sich dort anzusiedeln oder in die dort entstehende Industrie zu investieren. Diese Industriezonen sollen von einer noch zu schaffenden Regierungsbehörde geleitet werden – erste Unternehmen bekundeten auch bereits ihr Interesse an Niederlassungen (wie etwa Unternehmen aus Russland, Israel und Südkorea). Im selben Jahr wurde außerdem eine verstärkte Kooperation im Bereich Offshore-Patrouillenschiffe mit Thailand und eine Reihe weiterer Kooperationen bekannt, bspw. mit Indien und Polen.

Mit Hilfe israelischer Rüstungs Kooperation und der Produktion der Blue Horizon Drohne in Singapur konnte die philippinische Armee die Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen in dem Bereich unbemannte Überwachungsflugzeuge in den letzten Jahren zu einem erfolgreichen Abschluss bringen. Seitdem produziert die heimische Rüstungsindustrie Drohnen, die jedoch eine kürzere Einsatzzeit haben. Darüber hinaus ist eines der technisch versierten Unternehmen in Asien, FBMA Marine Inc., in den Philippinen ansässig, das u.a. das moderne Boot Lider (Sea Slice), mit technischer Unterstützung vom amerikanischen Verteidigungsunternehmen Lockheed Martin, produziert. Hinzu kommen noch Herma Shipyard Inc. sowie Keppel Philippines Inc. die als Rüstungsproduzenten im Marinesektor auftreten und die philippinischen Streitkräfte beliefern.

Im Januar 2009 hat die philippinische Marine einen Auftrag über zwei PATRIOT 1135 Angriffsschiffe an einen lokalen Vertragsnehmer, die Stoneworks International Corporation, vergeben. Diese soll die Schiffe zusammen mit Patriot Marine aus Australien fertigen. Bereits im Februar 2007 gewann ein Konsortium zweier philippinischer Unternehmen, Filipinas Fabricator Sales Inc. und Colorado Shipyard, eine Ausschreibung des philippinischen Heeres zur Stärkung der Einsatzfähigkeit im Flusssystem des Landes. Dies verdeutlicht die starke Stellung der heimischen maritimen Rüstungsindustrie.

Die Philippine Aerospace Development Corporation baute zudem in jüngster Zeit eine Vielzahl kleinerer Helikopter sowie Flugzeuge für die Streitkräfte und verfügt über umfassende Wartungs- und Überholungsfähigkeiten. Die Bandbreite der produzierten Waffen reicht dabei von Eigenherstellungen über modifizierte Waffentypen bis hin zu unter Lizenz produzierten Waffen. 2019 wurde das Unternehmen vom Verkehrsministerium in das Verteidigungsministerium überführt.

Eines der wichtigsten Projekte der Vergangenheit im Zusammenhang mit dem SRDP-Projekt (Self-Reliant Defense Posture) war die Lizenzproduktion des M-16A1 Gewehrs, der Standardwaffe der Infanterie. Laut Angaben der philippinischen Polizei gibt es 45 legale Kleinwaffenhersteller und 522 registrierte Händler:innen. Hinzu kommen jedoch noch geschätzte 5.000 illegale Waffenproduktionsstätten. Dabei reicht die Produktionspalette von Kleinkalibrigen Pistolen bis hin zu AK-47 und M-16 Maschinengewehren. Die illegale Kleinwaffenproduktion ist ein großes Problem in den Südphilippinen und ermöglicht nicht-staatlichen Gruppen, ihre eigenen Waffen zu produzieren. Bis jetzt hat es die Regierung nicht geschafft, dieses Problem umfassend zu lösen und die betroffenen Gemeinden zu unterstützen. Bis dato stellen demnach Kleinwaffen in den Philippinen ein enormes Sicherheitsrisiko dar.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

145.300 aktiv, davon:

Heer: 103.200

Marine: 24.500

Luftwaffe: 17.600

Reserve: 131.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 12.300, davon:

Küstenwache: 12.300

Einheiten von regionalen bewaffneten Zivilist:innen: 50.000 Reservist:innen

Quelle: IISS Military Balance 2023

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2014–2022

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	125	125	125	125	142,4	142,4	143,1	145,3	145,3
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	1,2	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3

Quellen: IISS Military Balance, 2015–2023, World Bank

Kommentar

Seit 2002 sind die philippinischen Streitkräfte weitestgehend abhängig von US-Militärhilfe, die zur Bekämpfung des Terrorismus dient, insbesondere gegen die Abu Sayyaf

Gruppe. Die US-Militärhilfe diente den Philippinen zur Beschaffung neuer Rüstungsgüter und zum Training der eigenen Streitkräfte und tut dies teilweise auch heute noch. Seit 2007 oszilliert die philippinische Sicherheitspolitik jedoch, je nach amtierendem:amtierender Präsident:in, zwischen Hinwendung zur USA und zu China. So kündigte zuletzt Rodrigo Duterte im Jahr 2020 bspw. eines von drei wichtigen und historischen Kooperations-Abkommen, das „Armed Forces Visiting“-Abkommen, mit den USA auf. Zwei weitere wichtige Abkommen (der „Mutual Defense Treaty“ und das „Enhanced Defense Cooperation Agreement“) bleiben zwar bestehen, verlieren aber ohne die Kopplung das das AFV ihre Wirkung hinsichtlich einiger wichtiger Vertragsbestandteile.

Zeitgleich steckt das Land in einer Zwickmühle, denn China verletzt regelmäßig auch die Ausschließliche Wirtschaftszone der Philippinen und wird damit in den Augen vieler Filipinos und Filipinas als Bedrohung wahrgenommen. Zeitgleich erhöhten sich trotz der pro-chinesischen Politik durch den ehemaligen Präsidenten Duterte die Spannungen im Südchinesischen Meer und das Land hält nach wie vor Militärmanöver mit den USA ab.

Die aktuelle Verteidigungsstrategie (2018 – 2022) sieht organisatorische Änderungen vor, wie die Einrichtung eines Special Operation Command, welchem künftig alle Spezialeinheiten unterstehen sollen, dem Ausbau von Fähigkeiten zur U-Boot-Abwehr oder die Schaffung einer Weltraumbehörde. Zudem begann 2018 die zweite Fünfjahresphase (Horizon 2) des 15-jährigen Modernisierungsprogramms (RAFPMP), welches noch bis 2028 andauern wird. Diese umfasst Beschaffungspläne von gepanzerten Fahrzeugen, Luftüberwachungsradaren, Patrouillenbooten und langfristig von Lufttransport- sowie Seefernaufklärungsflugzeugen. 2021 wurden Mittel in Höhe von 252 Millionen US-Dollar freigegeben. Große Anschaffungen werden auch ein bodengestütztes Luftverteidigungssystem, leichte Transportflugzeuge und leichte Panzer darstellen. Insgesamt wurden für die zweite Modernisierungsphase 5,6 Milliarden US-Dollar angekündigt.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Leichte Panzer	7	
Schützenpanzer	54	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	387	
Bergepanzer	Einige	ACV-300; Samson; M578
Artillerie	Mehr als 272	
Panzerabwehr	Einige	Rückstoßfreie Abschussgeräte (M20, M67, M40A1)
Transportflugzeuge	4	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Transporthubschrauber	2	
Drohnen	Einige	Aufklärungsdrohnen (Blue Horizon)

Quelle: IISS Military Balance 2023

Kommentar

Dem Heer kommt bei der Bekämpfung Aufständischer eine besondere Rolle zu. Daher ist die Ausstattung eher auf Flexibilität und Mobilität ausgelegt. Der allgemeine Zustand des philippinischen Heeres ist jedoch schwach. Berichte gehen davon aus, dass die philippinische Armee eine der schwächsten Armeen in der gesamten Region ist. In der Vergangenheit wurde das Heer besonders bevorzugt behandelt, da dringend verbesserte Kapazitäten bei der Bekämpfung des Terrorismus und anderen separatistischen Gruppen notwendig ist.

1977 wurden aus dem Vereinigten Königreich 41 FV101 Scorpion-Spähpanzer geliefert, von denen sich derzeit noch sieben Stück in den Beständen des Heeres befinden. Aus den USA wurden 1967 bis 1981 65 M113A1 geliefert. Insgesamt befinden sich 76 in den Beständen des Heeres, hiervon fungieren heute 34 als Schützenpanzer, weitere 42 werden als gepanzerte Personentransporter genutzt. Die Ausrüstung des Heeres ist dementsprechend zu großen Teilen bereits veraltet.

In jüngster Zeit kam es allerdings zu einigen Neuanschaffungen und Bestellungen, wie etwa 16 S-70i und weiteren Helikoptern, 18 Sabrah Panzern, sowie einer großen Anzahl an Luft-Luft-, Boden-Luft- und Lenkraketen. Die USA lieferten zudem kleinere Rüstungsgüter und Waffen wie Scharfschützengewehre im Wert von 30 Millionen US-Dollar.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Fregatten	2	
Patrouillenboote	53	
Davon Korvetten	1	
Amphibienfahrzeuge	21	
Logistik und Unterstützung	4	

Quelle: IISS Military Balance 2023

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Marineflieger:

14 Transportflugzeuge

2 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

13 Transporthubschrauber

Marineinfanterie:

42 gepanzerte Mannschaftstransporter

67 Amphibienfahrzeuge

Mehr als 37 Artilleriegeschütze

Quelle: IISS Military Balance 2023

Kommentar

Die philippinische Marine ist besonders mit schnellen Patrouillenbooten und Amphibienfahrzeugen, die der Geografie des Landes gerecht werden, ausgestattet. Die Ausrüstung ist jedoch veraltet und befindet sich in einem schlechten Zustand. Anstrengungen, die Marine moderner auszustatten sind in der Vergangenheit häufig im Sande verlaufen. Hinsichtlich der Qualität und Quantität der maritimen Waffensysteme verharren die Philippinen im regionalen Bereich weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Im Rahmen des allgemeinen Modernisierungsprogramms soll die philippinische Marine jedoch zu einer schlagkräftigen Teilstreitkraft gemacht werden, die ihren Aufgaben der Seekontrolle, nachkommen kann. Berichten zufolge sollen 1,5 Milliarden US-Dollar für den Erwerb von U-Booten inkl. Infrastrukturarbeiten freigegeben worden sein. Details zu Auftragsnehmern wurden indes noch nicht bekannt gegeben, Berichten zufolge sollen aber entweder neuwertige diesel-elektronische U-Boote oder einige der älteren, gebrauchten U-Boote Singapurs gekauft werden. Darüber hinaus sind die Philippinen aber auch in Verhandlungen mit weiteren Ländern. Im Februar 2021 wurde zudem eine zweite Fregatte (ebenfalls José Rizal-Klasse) aus südkoreanischer Produktion in Empfang genommen.

Der im Juli 2012 erneut eskalierte Konflikt um die Paracel- und Spratly-Inseln mit China veranlasste den damaligen philippinischen Präsident Benigno Aquino, zu verkünden, neue Schiffe zu beschaffen. Derzeit verfügen die Philippinen allerdings über keinerlei Waffensysteme, mit denen im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung ein feindliches Eindringen in philippinische Gewässer entscheidend behindert oder gar verhindert werden könnte. Dennoch wurde die Präsenz von Schiffen und Flugzeugen zur Überwachung der umstrittenen Region im März 2021 abermals erhöht.

Im Jahr 2017 begannen die Seestreitkräfte außerdem, trilaterale Patrouillen mit Indonesien und Malaysia zur Bekämpfung regionaler terroristischer Aktivitäten durchzuführen.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Aufklärungsflugzeuge	11	Davon 9 kampffähig
Abfangjäger	12	
Seefernaufklärer	3	
Ausbildungsflugzeuge	45	Davon 28 kampffähig
Transportflugzeuge	17	Davon 2 Passagierflugzeuge
Kampfhubschrauber	4	
Mehrzweckhubschrauber	39	
Transporthubschrauber	35	Weitere 25 nicht einsetzbar
Drohnen	6	Aufklärungsdrohnen (Blue Horizon II; Hermes 450 und Hermes 900)
Raketen	Einige	u. a. AIM-9L Sidewinder

Quelle: *IISS Military Balance 2023*

Kommentar

Die Luftwaffe befindet sich allgemein in einem desolaten Zustand und auch die Servicekapazität ist als schlecht zu bewerten. Vor diesem Hintergrund ist die Bedeutung zu verstehen, die die Luftwaffe bereits im Rahmen des umfangreichen Beschaffungsprogramms (CUP) erfuhr.

Im Jahr 2009 wurden in den USA 20 UH-1H Hubschrauber überholt und renoviert. Hinzu kommt, dass Südkorea für Ausbildungszwecke 15 T-41D Hubschrauber der philippinischen Luftwaffe gestiftet hat. Zwar wurden im Rahmen des CUP schon große finanzielle Ressourcen für eine Modernisierung der Luftwaffe aufgewendet, doch haben die Armeespitzen angekündigt, dass der weitere Ausbau der Kampffähigkeit in den nächsten Jahren notwendig bleiben würde. Im Jahr 2009 wurden zudem acht polnische PZL W-3 Sokol Hubschrauber im Wert von 64 Millionen US-Dollar bestellt, deren Auslieferung Ende 2011 begann und Mitte 2012 abgeschlossen war. Bereits 2010 erhielten die Philippinen fünf gebrauchte UH-1H aus den USA, die sehr wahrscheinlich ebenfalls vorher umfassend modernisiert wurden. Die philippinische Luftwaffe plante demnach auch die Anschaffung von Kampfflugzeugen der vierten Generation. Favorisiert wurden die russische MiG-29 Fulcum und die US-amerikanische F/A-18 Hornet, wobei auch südkoreanische Kampffjets des Typs TA-50 in Betracht kamen. Schließlich wurden zwölf Stück des südkoreanischen Kampffjets geordert. Ein Sprecher von Agusta Westland bestätigte zudem, dass das italienische Unternehmen dem Land zehn Exemplare einer speziellen kampffähigen

Variante des AW109 angeboten hatte. Diese wurden 2014 geordert, aktuell befinden sich acht in den Beständen der PAF.

Auch im Rahmen des aktuellen Modernisierungsprogramms (RAFPMP) wird aber verstärkt in die Luftstreitkräfte investiert. Berichten zufolge sollen etwa Transportflugzeuge des Typs Airbus C295, Kampfhubschrauber (AH-1 Cobra) aus Jordanien und 12 Mehrzweckkampflugzeuge gekauft werden. Außerdem wurden bereits sechs türkische T129B Kampfhubschrauber geordert. Die Ausbildung an diesen Geräten soll in der Türkei stattfinden.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Küstenwache:

72 Patrouillenboote

1 Logistik- und Unterstützungsschiff

3 Transportflugzeuge

4 Transporthubschrauber

Quelle: IISS Military Balance 2023

Kommentar

Die Küstenwache operiert unter dem Kommando des Ministeriums für Transport und Kommunikation und wird als maritime Strafverfolgungsbehörde angesehen. Durch die Auslagerung der Küstenwache aus der Marine kam es zu einer höheren Effektivität bei der Aufstandsbekämpfung und der Kontrolle der Küstengewässer. Dabei beziehen sich die Aufgaben der Küstenwache als Strafverfolgungsbehörde auf die Bekämpfung von Schmuggel, illegaler Fischerei, Drogenschmuggel und Piraterie. Diesen Aufgaben entspricht auch die technische Ausrüstung. In den vergangenen Jahren konnte die Küstenwache einige wenige Hubschrauber anschaffen und mit Hilfe ausländischer Unterstützung (Japan) zu Rettungshubschraubern umrüsten. Diese sollen hauptsächlich zur Rettung Schiffbrüchiger dienen.

Box 4

Peacekeeping

Indien/Pakistan (UNMOGIP): 5 Soldat:innen

Südsudan (UNMISS): 2 Soldat:innen

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 3 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2023

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die philippinischen Streitkräfte (AFP) nehmen eine wichtige Rolle innerhalb der Gesellschaft ein. Trotz ihrer geringen militärischen Kapazität und der unzureichenden

Ausstattung, die sie zu einer der schwächsten Militärs in der Region macht, sind die AFP eine zentrale Machtstütze der Regierung. Ferdinand Marcos, Präsident der Philippinen von 1965-1986, machte die vormals unpolitischen Streitkräfte zu einem wichtigen politischen Akteur. Dazu berief er zahlreiche Personen aus seiner Heimatprovinz in die höchsten Ränge der Armee und sicherte sich so die Loyalität. Darüber hinaus erkaufte er sich mit großzügigen Budgetzuweisungen, von denen viele Militärs direkt profitierten, die Unterstützung. So stieg zwischen 1971 und 1983 die Zahl der Soldat:innen von 58.000 auf mehr als 140.000. In diese Zeit fiel auch die Verhängung des Ausnahmezustandes in der Region Mindanao, die eine symbolische Beziehung zwischen dem Militär und Marcos entstehen ließ. Zeitgleich stieg sein langjähriger Freund Fabian Ver zum Direktor des Inneren Sicherheitsnetzwerkes auf und wurde so zu einem wichtigen politischen Entscheidungsträger. Auf den unteren Kommandoebenen war es den Militärs möglich, die Wirtschaft mit Hilfe eines umfangreichen Patronagenetzwerkes zu ihren Zwecken auszubeuten.

Insbesondere die fehlende Professionalität innerhalb des Militärs, in dem Loyalität mehr als die eigentliche Ausbildung zählte, führte auf zwei Ebenen zu einer kritischen Rolle innerhalb der Gesellschaft. Einerseits wurden später viele Angehörige der AFP von Marcos mit Posten in der Regierung oder zivilen Einrichtungen bedacht. Andererseits führte auch die fehlende Professionalität innerhalb der Streitkräfte zu einer Brutalisierung der Aufstandsbekämpfung, die dazu auch noch sehr ineffektiv war. Die Folge war, dass zahlreiche Menschenrechtsgruppen dem Militär vorwarfen, bei der Bekämpfung der kommunistischen und muslimischen Aufstände zahlreiche Menschenrechtsverbrechen begangen zu haben. In Folge der Zersplitterung innerhalb des Militärs kam es zu einer militärischen Revolte, die Marcos zwangen seine Präsidentschaft wegen massiver Wahlfälschung niederzulegen. Mit dem Ende seiner Herrschaft 1986 und der Verabschiedung einer neuen Verfassung, wurden die AFP unter zivile Kontrolle gestellt. So wurde etwa eine Kommission für Menschenrechte geschaffen, Polizei und Militär voneinander getrennt und die Unvereinbarkeit von aktivem Militärdienst und aktiver Ausübung von politischen Ämtern beschlossen. Obwohl die einzelnen Teilstreitkräfte dem Verteidigungsministerium unterstellt sind, ist der:die Präsident:in der Philippinen doch zu jeder Zeit Oberbefehlshaber:in.

Bis 1991 gab es weitere Versuche, die damalige Präsidentin Aquino abzusetzen. Erst als sich zahlreiche Rebell:innenführer:innen 1991 ergaben und es zu Verhandlungen zwischen Militärs und Rebell:innengruppen kam, war die Gefahr eines Putsches zunächst gebannt. Sowohl unter Ramos (1992 – 1998) als auch unter Arroyo (2001 – 2010) stützte man sich aber wieder auf die Einbindung von (ehemaligen) Militäroffizier:innen in Beratungs-, Kabinetts- und Verwaltungsposten. Dieses System hatte jedoch seinen Preis, mussten sich beide Seiten doch regelmäßig die Loyalität der anderen erkaufen. Im Jahr 2001 demonstrierte die Armee ihre politische Macht, etwa indem sie dem damaligen amtierenden Präsidenten Estrada die Unterstützung entzog und keine 24 Stunden danach die Vizepräsidentin Arroyo als Präsidentin einsetzte. Das Militär ließ verlauten, sie vertrete den Willen der Bevölkerung und beende die Korruptionspolitik. Einmal mehr machten die Streitkräfte somit deutlich, dass sie ein zentraler politischer Akteur auf den Philippinen sind. Jedoch putschen die Militärs nicht nur, sondern sie stützen die Präsident:innen auch nachhaltig, bis hin zur Wahlmanipulation. So wie 2004, als sich Arroyo erneut das Amt sichern konnte.

Während das Militär zur Bekämpfung des anhaltenden kommunistischen Aufstandes sowie terroristischer Bedrohungen eingesetzt wird und teilweise zivile Aufgaben übernehmen muss, sind Teile der Armee jedoch stark zersplittert. Es gibt immer wieder Gruppen innerhalb des Militärs (Reformist:innen), die versuchen Korruption zu bekämpfen und das Patronagesystem zu beenden. Die Verankerung des Militärs und die Unzufriedenheit einiger innerhalb des Systems werden aber an den politischen Aktivitäten einiger Soldat:innen deutlich, wie das Beispiel des Marineleutnant Trillanes zeigt. Obwohl kein Wahlkampf möglich war, wurde er 2007 zum Senator gewählt, was verdeutlicht, wie sehr die Grenzen zwischen Militär und Politik verschwimmen. Das Militär ist nach wie vor extrem politisiert und es gab in kaum einem anderen Land der Region mehr Putschversuche als auf den Philippinen. Über viele Jahre, gestützt von vielen Präsident:innen, etablierte sich das Militär also als Elite des Landes und festigte so seine Position innerhalb der Gesellschaft.

Auch unter der Regierung Duterte (seit 2016 – 2022) spielte das Militär eine gewichtige innenpolitische Rolle. So wurde die Rolle des Militärs im „Krieg gegen die Drogen“ ausgeweitet und auch zur Durchsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie eingesetzt. Der erneut starke Einfluss des Militärs wird einerseits als Erosion der Demokratie kritisiert; andererseits von vielen befürwortet. So erreicht das Militär einer Umfrage des [Social Weather Station](#) mit 79 Prozent hohe Vertrauenswerte (Stand: 2019) und erlangt auch im Befragungszeitraum 2017-2020 des [World Value Survey](#) rund 77 Prozent Vertrauen. Insgesamt kann konstatiert werden, dass die Machtkonsolidierung des Militärs unter Duterte zunahm. Wie sich die Situation unter dem seit Juni 2022 amtierenden Präsidenten, Ferdinand Marcos Jr. – Sohn des ehemaligen Präsidenten – entwickeln wird, bleibt abzuwarten.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2017	2018	2019	2020	2021
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	1,4	1,1	1,3	1,4	1,4

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Seit 1991 besteht auf den Philippinen die Nationale Polizei (PNP). 2019 betrug der Personalumfang Berichten zufolge ca. 191.000 Personen. Sie ist mit allen Strafverfolgungs- und Polizeiaufgaben auf nationaler und lokaler Ebene betraut. Bis zur Gesetzesänderung im Dezember 1990 unterstand die Polizei dem Verteidigungsministerium. Mit der Gesetzesänderung wurde die Nationale Polizei gegründet und dem neu strukturierten Ministerium für Innere und Lokale Angelegenheiten unterstellt. Damit entstand rechtlich eine zivile Behörde unter ziviler Kontrolle, die in ihrem Wesen aber weiterhin militärische Züge

aufweist. Bis heute bestehen in der Nationalen Polizei, wie auch in der Vorgängerorganisation, der Philippinischen Gendarmerie (Philippines Constabulary), ähnliche Probleme: Starke Politisierung und Militarisierung sowie weit verbreitete Korruption.

Im Jahr 2003 wurde eine Reform der Polizei beschlossen. Das Integrated Transformation Programm lief von 2005 bis 2015. Ziel des internen Reformprogramms war die Verbesserung der Ausstattung, der medizinischen Versorgung und der Glaubwürdigkeit der Polizei sowie eine Anhebung der Löhne. Die Reform konzentrierte sich auch auf eine bessere Ausbildung und Bildung der Polizeibeamt:innen sowie auf einen transparenten Beförderungsprozess. Die weiterhin weit verbreitete Korruption und dauerhafte Budgetzwänge standen jedoch nicht auf der Reformagenda. Berichten zufolge hat das durchaus ambitionierte Programm bis heute keines der Probleme umfassend gelöst.

Der philippinische Geheimdienst (National Intelligence Coordinating Agency – NICA) führt offene und verdeckte Operationen unter dem Motto „Wissen ist Sicherheit“ durch. Er ist direkt dem:der Präsident:in unterstellt und wird durch ein nationales Geheimdienstgremium kontrolliert. NICA ist insbesondere im Anti-Terrorkampf involviert und steht in engem Kontakt zu ausländischen Geheimdiensten, wie dem US-amerikanischen CIA und dem israelischen Mossad. Im Jahr 2005 wurde der Geheimdienst ebenfalls mit Gegenspionage beauftragt. Ein Jahr später folgte die Eröffnung des nationalen maritimen Überwachungs- und Aufklärungszentrums (NMARSC), das unter Aufsicht des Geheimdienstes und mit Hilfe von Drohnen, die Luftaufklärung verbessern soll.

Unter der Aufsicht des Justizministeriums arbeitet das National Bureau of Investigation (NBI), das mit Fällen von nationaler Bedeutung betraut ist. Das Büro unterhält einen eigenen Geheimdienst sowie Spezialkräfte, die für den Anti-Terrorkampf und den Kampf gegen organisierte Kriminalität eingesetzt werden.

Die Civilian Armed Force Geographical Units (CAFGU) sind von der philippinischen Regierung gegründete Einheiten zur Unterstützung staatlicher Sicherheitsorganisationen und privater Unternehmen. Die Regierung in Manila folgt damit einem regionalen Trend zur Entwicklung halbstaatlicher/halbprivater Sicherheitsakteure. Die CAFGU, mit ihren 40.000 bis 82.000 Personen, sind aktive Hilfseinheiten, die unter Kontrolle des Militärs und der Polizei stehen und bei Bedarf die entsprechenden Sicherheitsorganisationen unterstützen können. Sie stehen jedoch auch als private Sicherheitsdienstleister zum Schutz privater Firmen zur Verfügung. Die Kontrolle dieser hybriden Struktur halbstaatlicher/halbprivater Sicherheitsakteure und die Bewahrung des öffentlichen Interesses übernimmt die Security Agencies and Guards Supervision Division (SAGDS), die bei der Nationalen Polizei angesiedelt ist.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Das Land ist den meisten internationalen Abrüstungsvereinbarungen beigetreten. Jüngst ratifizierte das Land den Arms Trade Treaty (am 24. März 2022), welcher zum 22. Juni 2022 somit in Kraft trat. Die Philippinen sind damit 111. Vertragspartei und reichten rund ein Jahr später – zum 21. Juni 2023 – den entsprechenden [Initialbericht](#) ein.

Gegen die Philippinen sind weder Sanktionen der Vereinten Nationen noch der Europäischen Union verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Das Land ist den zentralen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Allerdings mangelt es oft an der faktischen Einhaltung der menschenrechtlichen Grundnormen. Auch bei der Umsetzung der Verträge und Konventionen gibt es weiterhin erhebliche Defizite. Die Rechte von Kindern und Frauen werden missachtet. Darüber hinaus werden Kinder häufig zur körperlichen Arbeit herangezogen. Noch immer kommt es zu schweren Menschenrechtsverletzungen (darunter extralegale Tötungen, Körperverletzungen, Entführungen, Folter), die Mitglieder von Polizei und Militär einerseits und Insurgentengruppen (z.B. dem bewaffneten Arm der kommunistischen Partei oder muslimischen Rebell:innen) andererseits angelastet werden (hierzu mehr im Folgenden).

Die Philippinen wurden 2011 in den VN-Menschenrechtsrat gewählt und unterlagen 2012 zum zweiten Mal dessen Universal Periodic Review (UPR). Im Oktober 2018 wurden die Philippinen erneut in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen gewählt. Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch hatten sich aufgrund erheblicher Menschenrechtsverstöße im Land gegen die Wahl der Philippinen ausgesprochen.

Box 5

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2022

The Philippines is a multiparty, constitutional republic with a bicameral legislature. President Ferdinand Marcos Jr. was elected on May 9 and began his six-year term in June. Voters also elected the vice president, senators, congressional representatives, and local government leaders; the elections were seen as generally free and fair, despite some reports of violence and vote buying. President Marcos' party and allies won a majority of the 12 Senate seats contested and maintained an approximately two-thirds majority in the 306-seat House of Representatives. The Philippine National Police is charged with maintaining internal security in most of the country and reports to the Department of the Interior and Local Governments. The Armed Forces of the Philippines report to the Department of National Defense and have domestic security functions in regions where the government assesses a high incidence of terrorist or separatist insurgent activity, particularly in the Mindanao region. The two agencies share responsibility for counterterrorism and counterinsurgency operations. The national police Special Action Force is responsible for counterterrorism operations. Governors, mayors, and other local officials have considerable influence over local police units, including appointment of top provincial and municipal police officers and the provision of resources. In some rural areas, the central government continued a long-standing practice of supporting and arming civilian militias, which often received minimal training and were poorly monitored and regulated. Some political families and clan leaders, particularly in Mindanao, maintained private militias. Civilian control over some security forces was not fully effective. There were credible reports that members of the security forces committed numerous abuses. Significant human rights issues included

credible reports of: unlawful or arbitrary killings, including extrajudicial killings; forced disappearance; torture or cruel, inhuman or degrading treatment or punishment by and on behalf of the government, and other physical abuses by nonstate actors; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary detention; serious problems with the independence of the judiciary; arbitrary and unlawful interference with privacy; serious abuses in a conflict, including unlawful civilian deaths, enforced disappearances or abductions, torture and physical abuses, and unlawful recruitment or use of child soldiers by terrorists and groups in rebellion against the government; serious restrictions on freedom of expression and media, including violence, threats of violence, and unjustified arrests or prosecutions of journalists, and the use of criminal libel laws; high-level and widespread government corruption; serious government restrictions on or harassment of domestic human rights organizations; lack of investigation of and accountability for gender-based violence including but not limited to domestic and intimate partner violence, sexual violence, child abuse, and early and forced marriage; crimes involving violence or threats of violence targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, or intersex persons; and threats and violence against labor activists. The government investigated some reported human rights abuses, including abuses by its forces and paramilitary forces. Concerns about police impunity remained given reports of continued extrajudicial killings by police. Significant concerns also persisted about impunity for other security forces, civilian national and local government officials, and powerful business and commercial figures. Officials frequently engaged in corrupt practices with impunity. Muslim separatists, communist insurgents, and terrorist groups continued to attack government security forces and civilians, displacing civilians and resulting in the deaths of security force members and civilians. Terrorist organizations also engaged in kidnappings for ransom, bombings of civilian targets, beheadings, and the unlawful recruitment or use of child soldiers in combat or auxiliary roles. These actions were at times investigated and prosecuted, although there were credible allegations that charges were often leveled for political reasons.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2022
<https://www.state.gov/reports/2022-country-reports-on-human-rights-practices/philippines/>

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2022/2023

Unlawful killings under the “war on drugs” continued and impunity for thousands of past killings remained entrenched. Repression of dissent intensified and freedom of expression was further restricted as human rights defenders, political activists, journalists and others were subjected to unlawful killings, arbitrary arrest and detention. Authorities blocked the websites and ordered the closure of independent media.

Quelle: Amnesty International Report 2022/2023
<https://www.amnesty.org/en/location/asia-and-the-pacific/south-east-asia-and-the-pacific/philippines/>

Box 7

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2023

*Bewertung für die Philippinen auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:
Bürgerliche Rechte: 33/60
Politische Rechte: 25/40*

Gesamtbewertung: Teilweise frei (58/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2023

The Philippines hosts a vibrant political landscape and elections are free from overt restrictions. However, established political elites benefit from structural advantages, and highly organized disinformation campaigns and widespread vote buying undermine fair competition. Corruption is endemic, and anticorruption bodies struggle to uphold their mandates. Journalists and activists perceived as critical of the government or other powerful interests can face criminal cases, and in some cases violent and even deadly attack. Terrorist and separatist activity persists in Mindanao. Violence, including extrajudicial killings, by police and military personnel remains a problem.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/philippines/freedom-world/2023>

Kommentar

Menschenrechte waren und sind weiterhin ein problematisches und kontroverses Thema auf den Philippinen. Im Zuge der Jahrzehnte andauernden Konflikte sind die beteiligten Parteien, sowohl die Regierung als auch die zahlreichen Sezessionsbewegungen, immer wieder massiver Menschenrechtsverletzungen beschuldigt worden. Insbesondere bei dem Kampf der Regierung gegen die kommunistischen Gruppierungen kam es wiederholt zu zahlreichen und erheblichen Menschenrechtsverletzungen. Besonders betroffen sind die Menschen in der Region Mindanao, in der seit 1972 ein Konflikt zwischen der Regierung und separatistischen Rebell:innenbewegungen ausgetragen wird. Beide Parteien haben sich dabei zahlreicher Menschenrechtsverbrechen wie Massentötungen schuldig gemacht. Im Dezember 2016 führte die philippinische Regierung in Oslo Gespräche mit der Kommunistischen Partei, um eine Einigung über einen dauerhaften Waffenstillstand zu erreichen, was jedoch nicht gelang.

Speziell gewaltsame Entführung, außergerichtliche Tötungen (Berichte gehen davon aus, dass zwischen 2001 und 2007 allein 850 Ermordungen stattgefunden haben) und andere Formen der Verfolgung werden häufig von staatlichen Sicherheitskräften ausgeführt. Außerdem finden im Land jährlich zahlreiche Morde an politischen Aktivist:innen statt, die häufig nicht aufgeklärt werden. Da die Opfer in den meisten Fällen linksorientiert sind, wird von Menschenrechtsorganisationen der Schluss gezogen, dass es sich hier um eine systematische Serie politisch motivierter Morde handelt. Im Vorfeld der Wahlen im Jahr 2010 kam es bspw. zur Tötung von 57 Zivilist:innen, darunter mehr als 30 Journalist:innen (Maguindanao-Massaker).

Durch oftmals fehlende Bestrafung der Täter:innen wird ein Klima der Straflosigkeit geschaffen, da die Sicherheitskräfte entweder direkt an den Morden beteiligt sind oder sie zumindest dulden. Zwar gibt es in dem Land zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen und aktive Menschenrechtsgruppen, die sich dem Kampf gegen Morde und willkürliche Verschleppung verschrieben haben, doch wird ihre Arbeit regelmäßig durch gewaltsame Übergriffe auf Büros und Angestellte behindert. Besonders kritisch sind in diesem Zusammenhang die Übergriffe auf die Gewerkschaften und die Androhungen des

Militärs, Aktionen der Gewerkschaftsführer:innen zu dokumentieren. Maßnahmen, die unter dem Vorwand des Kriegs gegen die Drogen umgesetzt werden, nehmen aber auch die freie Presse und Meinungsfreiheit zunehmend unter Beschuss: Im Jahr 2018 wurde etwa die regierungskritische Nachrichtenseite Rappler durch Rechtsverfahren zunächst weitestgehend lahmgelegt und leitende Angestellte teilweise verhaftet oder bedroht. Im Jahr 2020 verlor der ebenso kritische Zeitungssender ABS-CBN seine Sendelizenz und zunehmend werden auch Einzelpersonen, wie die ehemalige Justizministerin Leila de Lima, die sich regelmäßig kritisch zu dem Krieg gegen die Drogen äußerte, unter Vorwänden verhaftet oder angeklagt.

Ein weiteres Problem sind die Rechte der Landbevölkerung, die regelmäßig verletzt werden. Im Zuge des staatlichen Landumverteilungsprogramms, das 1987 initiiert wurde, kommt es immer wieder zu Zusammenstößen zwischen den neuen und alten Landbesitzer:innen und nur selten wird den neuen Besitzer:innen von staatlicher Seite Schutz gewährt und Hilfe zugesichert, um ihre Rechte durchzusetzen.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

The administration of current President Rodrigo Duterte, who has been in charge since mid-2016, has turned the Philippines into an increasingly authoritarian political system which still maintains a formal democratic shell. Presenting his rule as based on a law-and-order governance model, with drug users scapegoated for all social ills, Duterte has managed to increase his power by oppressing the opposition, and sidelining checks and balances. The legally questionable arrests of Senators de Lima and Trillanes, as well as the disputed removal of Chief Justice Sereno are cases in point. Under Duterte human rights and civil liberties have declined dramatically. At the same time, the political influence of the military and the police has increased. The unrelenting and brutal campaign against drugs, often perpetrated by unidentified vigilante groups, has led to an erosion in the state's monopoly on the use of force. Freedom of speech and assembly have increasingly been reduced as opposition forces have faced harassment, and in several cases have been murdered by unidentified persons. Despite the high support he continues to enjoy among the population and in the two chambers of Congress, President Duterte was not able to implement long-overdue reforms of the political system. The attempt to draft a new constitution and alter the political system of the Philippines by introducing federalism failed, because the president himself did not pursue it with utmost energy and political will.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2022)

Im Jahresbericht 2022 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielten die Philippinen 33 Punkte (2021: 33 Punkte). Damit erzielten sie genauso viele Punkte wie Algerien, Angola, El Salvador, die Mongolei, die Ukraine und Sambia. Deutschland erzielte 79 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2022/>

Spannungen und innere Konflikte

In den Philippinen gibt es zahlreiche interne Konflikte, die teilweise schon Jahrzehnte andauern. Der wohl am längsten andauernde Konflikt ist der Mindanao-Konflikt im Süden des Landes. Dieser komplizierte, verwobene und viele Gruppen umfassende Konflikt wurde hauptsächlich zwischen der Regierung und der Moro National Liberation Front (MNLF), dem bewaffneten Arm des 1969 gegründeten und 1972 verbotenen Moro Independence Movement (MIN), ausgetragen.

Als eine der beiden islamischen Rebell:innengruppen kommt die Abu Sayyaf Gruppe (ASG) hinzu, die dem islamistischen Terrorismus zugerechnet wird. Während die MIN als zivile politische Organisation gegründet wurde, um die mangelnde Chancengleichheit zu bekämpfen, wurde schon im gleichen Jahr mit Hilfe malaysischer Unterstützung ein Guerillatrainingprogramm eingesetzt. Im Jahr 1972 wurde von Präsident Marcos das Kriegsrecht in der Region verhängt und es kam im Folgenden zu blutigen Auseinandersetzungen, die zahlreiche Todesopfer forderten, enorme Kriegskosten verursachten und den Präsidenten zwangen, ab 1975 Friedensverhandlungen mit der MNLF zu forcieren. 1984 spaltete sich aufgrund personeller Differenzen die Moro Islamic Liberation Front (MILF) von der MNLF ab und vertrat von da an im Prinzip ähnliche Ziele, hob jedoch die Bedeutung des Islams deutlich hervor. Während es bis Mitte der 1990er Jahre der Regierung nicht gelang, eine friedliche Lösung zu erreichen und die damalige Präsidentin Aquino aufgrund vieler Angriffe von Putschist:innen auf eine militärische Lösung setzte, schaffte es der spätere Präsident Ramos ein Friedensabkommen mit der MNLF auszuhandeln (1996). Diese sah auch die Schaffung einer weitestgehend autonomen Region in Mindanao vor und Misuari, Chef der MNLF, wurde erster Gouverneur. Die Kämpfe flammten jedoch immer wieder auf und die vereinbarte Integration der MNLF in die nationalen Streitkräfte gelang nicht. Auch Waffenstillstandsabkommen und Friedensverhandlungen mit der MILF, welche von da an als Hauptgegner gesehen wurde, wurden immer wieder durch gewaltsame Zwischenfälle gestört.

Unter dem populistischen Präsidenten Estrada kam es 2001 zur temporären Zerschlagung der MILF, die jedoch wegen fehlenden Integrationsbemühungen weitestgehend erfolglos blieben. Von da an bestand hauptsächlich noch die Abu Sayyaf Gruppe, die für eine vollständige Unabhängigkeit der Region kämpft. Traurige Bekanntheit erlangte der Konflikt im Frühjahr 2000 als mehr als 20 westliche Tourist:innen von der ASG entführt wurden und erst mehr als zwei Jahre später freikamen. 2014 unterzeichneten Benigno Aquino und die MILF einen Friedensvertrag, welches die Auseinandersetzungen jedoch nicht vollends beilegen konnte, sodass die Bemühungen unter Rodrigo Duterte weitergingen. Dennoch gibt es positive Tendenzen, da sich die MILF von den radikalislamischen Gruppen, wie der ASG oder der BIFF (einer radikalen Splittergruppe der MILF) distanziert hat und bei einer großangelegten Anti-Terror Operation sogar 500-600 Truppen bereitstellte. Trotz zahlreicher Erfolge der Operation, die zur Ergreifung führender Personen führte, kann die ASG ihre Stellung innerhalb der Region behaupten. Die US-amerikanische Anti-Terror Operation (Enduring Freedom – Philippines; 2002 - 2015) haben zu einer Schwächung der ASG geführt, konnten die Gruppe jedoch nicht zerschlagen. In den folgenden Jahren haben die Entführungsaktivitäten der ASG sogar wieder deutlich zugenommen. 2017 kam es sogar zu einer fünfmonatigen Belagerung der Stadt Marawi (auf Mindanao),

durch Gruppen des Islamischen Staates und der ASG. Eine im Jahr 2018 verabschiedete Verfassung, die der muslimischen Bevölkerung Mindanaos weitreichende Autonomie zusagt, konstituierte die „Autonome Region Bangsamoro“. Derzeit regiert eine Übergangsregierung, die aus 80 lokalen Mitgliedern besteht, von denen 41 von der MILF und 39 durch die Regierung gewählt wurden. 2022 soll es zu demokratischen Wahlen kommen und bis zu Beginn des Jahres 2020 gaben bereits 30 Prozent der vormaligen Kämpfer:innen ihr Waffen ab. Die Wahl wurde aufgrund der Covid-19-Pandemie sowie einem fehlenden Wahlgesetz jedoch auf das Jahr 2025 verschoben. Dennoch bleiben die grundlegenden Ursachen des Konflikts, wirtschaftliche Rückständigkeit gegenüber dem katholischen Norden, mangelnde Chancengleichheit, fehlende Bildungsmöglichkeiten und sozioökonomische Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Ethnien zunächst weiter ungelöst. Auch der starke Einfluss lokaler Familienclans auf Parteistrukturen und politische Prozesse muss im Hinblick auf die Demokratisierungsschritte angemerkt werden.

Ein weiterer ungelöster Konflikt ist die Auseinandersetzung zwischen der Regierung und den kommunistischen Kräften des Landes. Die 1969 als bewaffneter Arm der Communist Party of the Philippines (CPP) gegründete New People's Army (NPA) wird weiterhin vom philippinischen Militär (AFP) bekämpft. Die NPA verfolgt die kommunistische Ideologie der „Neuen Demokratie“ und erlebte ihren Höhepunkt in den 1980er Jahren, in denen sie zeitweise mehr als 25.000 Kämpfer:innen hatte. In den 1990er Jahren kam es zur friedlichen Annäherungen zwischen der Regierung und der NPA, doch wurden keine Erfolge erzielt. Traditionell bekämpft die NPA die US-amerikanische Präsenz im Land. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Anschlägen auf US-Einrichtungen und US-Angehörige. Häufig sind jedoch auch philippinischen Sicherheitskräfte, Politiker:innen, Richter:innen oder frühere NPA-Rebell:innen Opfer von Anschlägen. Ihre finanziellen Ressourcen bezieht die NPA aus dem Land selbst, über lokale Steuern sowie über Kontakte in Europa und zu regionalen Terrorstrukturen wie Jemaah Islamiyah. Während in den letzten Jahren vermehrt führende Köpfe der Partei verhaftet werden konnten, waren Friedensgespräche mit dem politischen Flügel, der National Democratic Front (ein Teil der CPP), bislang erfolglos. Eine regierungsseitige Waffenruhe, die seit August 2016 parallel zu Friedensgesprächen mit den maoistischen Rebell:innen in Rom bestand, wurde im Februar 2017 vom ehemaligen philippinischen Präsidenten Duterte beendet. Zudem wird der Regierung vorgeworfen, diesen Konflikt zu instrumentalisieren und unliebsame Aktivist:innen unter der Anschuldigung der Zugehörigkeit zur NPA zu verfolgen. Eine Entideologisierung der NPA scheint zum derzeitigen Zeitpunkt nicht möglich.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Die Philippinen sind ein Inselarchipel in Südostasien und umfassen 7.107 Inseln, von denen nur 880 bewohnt sind. In Norden wird das Land vom südchinesischen Meer von China getrennt, im Westen liegt Vietnam. Im Südwesten und Süden liegen Malaysia sowie Indonesien. Die Philippinen haben keine direkten Außengrenzen.

Politische Situation in der Region

Die Philippinen befinden sich mit ihren Nachbarn Malaysia und Indonesien in einer angespannten Weltregion, die sich zahlreichen Konfliktarten ausgesetzt sieht, die die allgemeine Stabilität bedrohen: Bedrohung der Seewege durch Piraterie, aufstrebender islamistischer Terrorismus und zahlreiche innerstaatliche Konflikte. Das wohl größte zwischenstaatliche Konfliktpotential besteht in dem ungelösten Konflikt um die Paracel- und Spratly-Inseln im südchinesischen Meer, die von Brunei, der VR China, Malaysia, den Philippinen, Taiwan und Vietnam beansprucht werden. Problematisch ist, dass mit Ausnahme von Brunei alle genannten Staaten Teile des Inselarchipels besetzt halten und so eine Lösung verkomplizieren. 1995 kam es zu einem Disput zwischen China und den Philippinen, im Zuge dessen die asiatische Organisation ASEAN eine aktive Rolle in der Vermittlung einnahm und eine bessere Kommunikation zwischen den Staaten ermöglichte. Chinas Ansprüche zielen auf die Verbesserung seiner Hegemonialstellung in der Region ab. Nach einer Phase der relativen Ruhe eskalierte der Konflikt im Laufe des Jahres 2011 und mündete in einer äußersten angespannten Situation, die bis zum Sommer 2012 andauerte. Im April 2012 kam es zwischen China und den Philippinen zu einer Konfrontation vor der Scarborough Untiefe, nördlich der Spratly-Inseln. Im Zuge der Auseinandersetzung entsendete die philippinische Regierung ihr größtes Kriegsschiff, während China Aufklärungsschiffe in die Region schickte. All das führte zu einer erheblichen Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen beider Staaten. 2016 urteilte der Ständige Schiedshof in Den Haag über eine philippinische Klage aus dem Jahr 2013. Hier gab das Schiedsgericht den Philippinen Recht und bestätigte, China habe keine historischen Ansprüche auf die besagten Gebiete der Spratly-Inseln. China fühlt sich an die Entscheidung allerdings nicht gebunden.

Viele umliegende Staaten haben innere Konflikte, so Myanmar und Indonesien. Häufige Ursachen der Konflikte sind neben sozioökonomischen Spannungen insbesondere Machtfragen sowie Terrorismus. Die Bombenanschläge von Bali 2002 in Indonesien haben die Stabilität der gesamten Region erschüttert und zu einem verstärkten Kampf gegen den internationalen Terrorismus geführt. Darüber hinaus führen die innerstaatlichen Konflikte zur Entstehung regelrechter Bürgerkriegsökonomien, die den Drogenhandel und andere illegale Aktivitäten fördern.

Grenzkonflikte

Da die Philippinen keine direkten Grenzen haben bestehen auch keine direkten Grenzkonflikte. Im südchinesischen Meer hingegen herrscht eine angespannte Situation aufgrund von ungeklärten Grenzfragen bzw. Territorialansprüchen. Im Jahr 2007 verabschiedeten die Philippinen ein neues Seegesetz, nach dem die wirtschaftlichen Ansprüche in der Region neu definiert wurden und somit auch neue Ansprüche auf die umstrittenen Spratly-Inseln erhoben wurden. China und Vietnam verurteilten das Gesetz. Die Lage im Südchinesischen Meer ist weiterhin äußerst angespannt und bürgt ein immenses Konfliktpotenzial.

Regionale Rüstungskontrolle

Lange gab es keine gemeinsamen Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle in Südostasien. Jedoch sehen sich die ASEAN-Staaten zunehmend mit

Sicherheitsbedrohungen konfrontiert, die nur gemeinsam bewältigt werden können oder eine gemeinsame Position gegenüber Drittstaaten mit strategischen Interessen in der Region erfordern. Dazu finden seit 1994 regelmäßige ASEAN Regionalforen statt, bei denen neben den ASEAN-Staaten weitere Teilnehmer am Tisch sitzen. Ziel ist es, die legitime Rolle der Großmächte in der Region anzuerkennen und gleichzeitig den mittleren und kleineren Nationen die Möglichkeit zu geben, bei Diskussionen über Fragen der eigenen Sicherheit Gehör zu finden. Zudem wurde im Jahr 1997 durch die ASEAN-Staaten eine kernwaffenfreie Zone im Vertrag von Bangkok begründet.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Auf den Philippinen sind wenige ausländische Truppen stationiert. So befinden sich Teile der US-Pazifikflotte im Rahmen der Operation Pacific Eagle auf den Philippinen. Die US-Armee hat derzeit insgesamt rund 200 Soldat:innen dort stationiert. Australien hat im Zuge seiner „Operation Augury“ 100 Soldat:innen auf den Philippinen stationiert.

Auch in Singapur sind 200 US-Soldat:innen stationiert.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

Kommentar

Die Philippinen sind seit langer Zeit Schauplatz des internationalen Terrorismus und gleichzeitig enger Verbündeter der USA in der Region. Das gute Verhältnis zu den

Vereinigten Staaten bleibt die wichtigste außenpolitische Konstante der Philippinen, auch wenn unter Duterte ein offensichtlich pro-chinesischer Kurs eingeschlagen wurde. Mit dem Konflikt in den Südpalippen sind terroristische Anschläge eng verbunden. Kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 verfolgten die USA das Ziel, eine zweite Anti-Terror-Front auf den Philippinen zu errichten, die auch von der philippinischen Regierung ausdrücklich begrüßt wurde. Im Jahr 2002 zogen mehrere hunderte amerikanische Spezialeinheiten zusammen mit philippinischen Soldat:innen gegen die Terrorgruppe Abu Sayyaf ins Feld. Es gibt verschiedene terroristische Gruppen auf den Philippinen: Auf den südlichen Philippinen kämpfen die Moros für eine unabhängige islamische Inselrepublik. Die Moro Islamic Liberation Front (MILF) entstand 1984 als Splittergruppe der nationalen Befreiungsbewegung Moros (MNLF). Die MILF ist eine islamistische Terrorgruppe, deren Mitglieder u. a. in Afghanistan ausgebildet wurden. Doch auch zu kommunistischen Gruppen des Landes wird Kontakt gepflegt.

Zwar hat sich die Organisation bereits 2001 dem Frieden verschrieben, jedoch verfügt sie weiterhin über das größte bewaffnete Potential auf den südlichen Philippinen. 1983 gründete sich die Abu Sayyaf, zunächst als Organisation, die den Bau von Schulen und Moscheen fördern sollte, wandelte sich dann aber zu Beginn der 1990er Jahre zu einer islamischen Guerillaorganisation und begann den bewaffneten Kampf, der sich zunächst gegen die nicht-islamische Bevölkerung richtete. Im Verlaufe der 1990er Jahre verdichteten sich die Kontakte zum internationalen Terrorismus und mehr als 50 Mitglieder erhielten eine Ausbildung in Afghanistan. Zahlreiche Anschläge in den vergangenen Jahren verdeutlichen, welche Gefahr weiterhin in dem Inselstaat herrscht. Im Jahr 2003 kam es zu großen Terroranschlägen auf den Flughafen und das Hafenterminal in Davao. Hinter diesem Anschlag scheint die islamische Befreiungsfront Moro (MILF) zu stehen. Zuletzt gab es auf der Insel Jolo einen Anschlag auf die US-Armee bei dem zwei US-Soldat:innen getötet wurden. Für den Anschlag wurde die Gruppe Abu Sayyaf verantwortlich gemacht, die nach Ansichten der USA und der philippinischen Regierung Kontakt zu al-Qaida hat. Immer wieder sind dieser Gruppe Anschläge und Entführungen zuzuschreiben – so etwa auch die Entführung und Enthauptung eines deutschen Seglers im Jahr 2017.

Die Philippinen sind am 17. März 2019 vom Römischen Statut zurückgetreten und haben somit ihre Anerkennung des Internationalen Strafgerichtshof zurückgezogen. Dieser ermittelt dennoch derzeit mögliche Verbrechen im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Drogen für den Zeitraum 1. November 2011 bis 16. März 2019, also den Zeitraum, indem das Land Vertragspartei war.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Ausgeschieden	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Die Philippinen berichteten im Rahmen des [VN-Waffenregisters](#) bis 2008 sehr regelmäßig über Rüstungsimporte und -exporte, seitdem wurde allerdings kein Bericht mehr eingereicht. Die Angaben variierten von Jahr zu Jahr hinsichtlich ihrer Qualität. Angaben im Rahmen der Berichterstattung über [Militärausgaben](#) an die Vereinten Nationen haben die Philippinen zuletzt im Jahr 2013 übermittelt, davor lediglich in den Jahren 2001 bis 2003 sowie 2008.

Am 24.03.2022 ratifizierten die Philippinen den Arms Trade Treaty, welcher im Juni des selben Jahres somit in Kraft trat. Als 111. Vertragspartei und erstes ASEAN-Mitglied, reichte das Land seinen [Initialbericht](#) zum 21. Juni 2023 ein. Im Rahmen des [Programme of Action](#) on small arms and light weapons berichtete das Land seit 2003 regelmäßig über die Fortschritte dessen Implementierung.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Es besteht durch die unzureichende Kontrolle der Seewege eine Gefahr der unerlaubten Wiederausfuhr. Im Bereich der Exportkontrolle hat das Land Fortschritte gemacht und widmet sich zunehmend der Verhinderung der illegalen Ausfuhr von Waffen und nuklearem Material.

Neben Indonesien, Myanmar, Vietnam, Kambodscha und Malaysia, haben auch die Philippinen mit regem Waffenschmuggel zu kämpfen. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Fälle bekannt, in denen Waffen illegal in Hände der MILF-Milizen gerieten oder

von diesen innerhalb des Landes geschmuggelt wurden. Dabei kam es immer wieder zu Festnahmen oder es wurden Waffen konfisziert. Erst im Mai 2015 wurden zahlreiche AK47 Gewehre sowie mehrere Granaten im Haus eines Schmugglers entdeckt und einbehalten. Laut des Small Arms Survey 2015 waren rund 70 Prozent der zwischen 2007 und 2012 konfiszierten illegalen Waffen in Philippinen Schusswaffen und rund 13 Prozent Granaten.

Insbesondere die illegale Aus- und Einfuhr von Waffen nach und aus Indonesien floriert, bedingt durch den Zugang beider Länder zur See. Aufgrund der geopolitischen Lage sind die Seegrenzen beider Länder schwer zu kontrollieren. Insbesondere die Rebell:innengruppen MILF, NPA und ASG sind an diesem illegalen Handel mit Waffen beteiligt. Auch innerhalb des Landes besteht aktiver Handel mit nicht registrierten Waffen. Ein Großteil davon geht in die muslimisch geprägte Konfliktregion Mindanao, wo die Waffen in die Hände der Rebell:innen gelangen.

Die Philippinen sind ein traditioneller Abnehmer von H&K-Waffen. Über korrupte Armee- und Polizeiangehörige sind zahlreiche dieser Waffen auf den Schwarzmarkt gelangt. Nach Informationen des Small Arms Survey schätzt die philippinische Regierung die Zahl der illegalen Waffen auf mehrere Hunderttausend. Laut Angaben der philippinischen Regierung gibt es derzeit rund eine Million registrierte – und demnach legale – Waffen auf den Philippinen. Die Zahl der illegalen Waffen wird auf rund 800.000 geschätzt. 2014 wurde daher ein Gesetz verabschiedet, welches den Besitz illegaler Waffen stärker bestraft. Auch der Waffenschmuggel soll dadurch eingedämmt werden.

Die Ratifikation des ATT weist darauf hin, dass in den vergangenen Jahren einige Fortschritte erzielt wurden – schließlich wurde der Vertrag unter anderem deshalb nicht früher ratifiziert, da der Integrationsprozess notwendiger Systeme und Rechtsvorschriften problematisch war. So wurden aber seit 2015 – unter anderem mit Unterstützung des European Union Outreach Programme, einem durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) durchgeführten Programms zur technischen Unterstützung von Ausfuhrkontrollsystemen – Erfolge erzielt.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

The economic situation before the outbreak of the COVID-19 pandemic was solid but not great. GDP growth in 2019 was only 5.9% and was thus lower than in previous years (2018: 6.2%, 2017: 6.7%) and under the Aquino administration. The Duterte government has overseen no major changes in terms of economic policies in recent years and the promised building of infrastructure (e.g., roads, public transport and airports) has been sluggish.

In contrast to previous decades, however, the country is still regarded by investment bankers and ratings agencies as a promising and stable emerging market. Nevertheless, poverty is still high and mass emigration widespread.

The global outbreak of the COVID-19 pandemic in March 2020 hit the Philippines hard. The year 2020 saw a negative GDP growth rate of 9.5%, the worst in the whole of Southeast Asia and one of the highest in Asia. In addition, with more than 500,000 confirmed COVID-19 infections and with

more than 10,000 COVID-19-related deaths as of January 2021, the Philippines had (together with Indonesia) the highest number of coronavirus cases in Southeast Asia. Consequently, the Philippines suffered one of the worst pandemic-driven economic contractions and death rates in Asia, and significantly lagged behind its Asian peers, particularly in North and Southeast Asia, which for the most part did relatively well in containing the coronavirus.

President Duterte initially and for a long time downplayed the danger of the virus, only to later radically change his stance and impose a very tough lockdown when the health situation in the Philippines worsened. The administration, led by a police and military-dominated COVID-19 task force, applied a heavy-handed security approach and arrested tens of thousands of people for violating quarantine rules, and expanded its operations in the war on drugs. In addition, a new anti-terrorism measure was passed that gave the government extensive powers to suppress dissent, restrict basic civil rights and allow arrests on suspicion of terrorism.

The democratic and economic transformation of the Philippines is severely hindered by the oligarchic structures of both the political and economic systems. The long-lasting and entrenched dominance of various family clans in both spheres prevent the reforms which are necessary for the further deepening of democracy and a transformation to a more just market economy. President Duterte has not challenged these power structures and instead has exploited them to benefit his authoritarian governance style. In the long term, however, significant political and economic transformation can only happen if the political decision-makers dare to challenge the political and economic dominance of the family clans.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

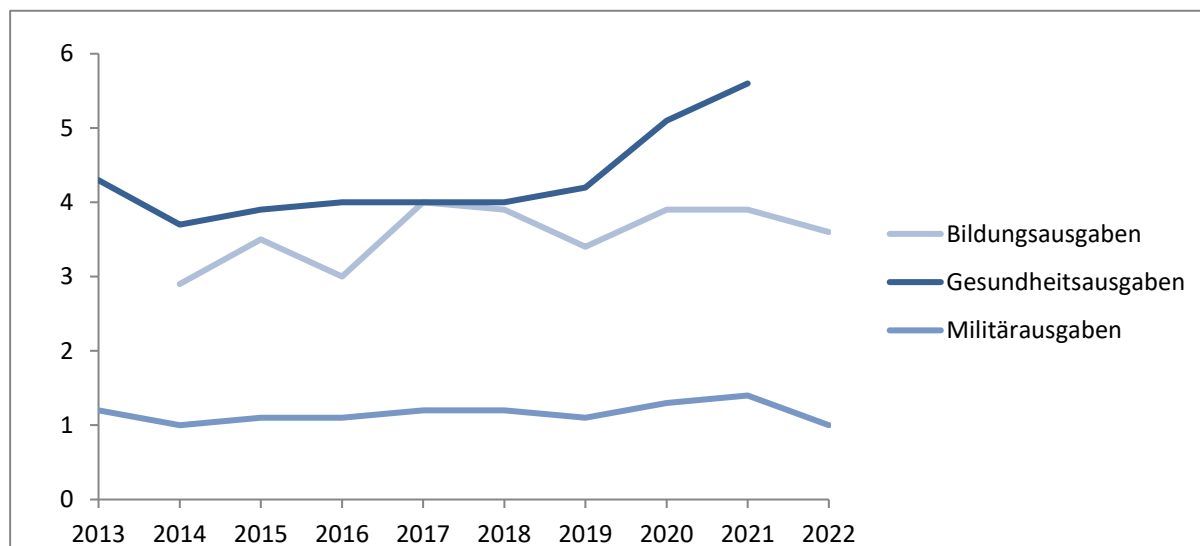
	2018	2019	2020	2021	2022
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	4787	4772	4915	5546	4167
Militärausgaben/BIP	1,2	1,1	1,3	1,4	1,0
Gesundheitsausgaben/BIP	4,0	4,2	5,1	5,6	-
Bildungsausgaben/BIP	3,9	3,4	3,9	3,9	3,6

Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2017	2018	2019	2020	2021
Auslandsverschuldung	73106	78967	83625	98494	106428
Anteil am BIP (in Prozent)	22,3	22,8	22,2	27,2	27
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	190,8	488,79	846,94	1398,45	1537,21
Net ODA (% of GNI)*	0,05	0,12	0,2	0,35	0,38
Deutsche ODA Zahlungen*	40,07	15,98	34,2	33,49	17,71

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2021); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2021).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2018	2019	2020	2021	2022
Militarisierungswert	64	61,7	64	65,4	56,3

	2018	2019	2020	2021	2022
Index-Platzierung	122	125	125	122	129

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2018	2019	2020	2021	2022
China	Militarisierungswert	83,4	83,4	84,1	83,7	79,8
	Index-Platzierung	97	99	101	102	103
Indonesien	Militarisierungswert	64	64,3	65,5	60,3	59,1
	Index-Platzierung	123	124	121	130	124
Malaysia	Militarisierungswert	93,8	84,6	86,6	87,3	86,3
	Index-Platzierung	84	98	99	98	95
Vietnam	Militarisierungswert	153	152,8	153,1	152,8	-
	Index-Platzierung	25	26	27	25	-

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2023.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2018	2019	2020	2021	2022
China	Militärausgaben (absolut)	253766	266129	278673	285931	297999
	Militärausgaben/BIP	1,7	1,7	1,8	1,6	1,6
Indonesien	Militärausgaben (absolut)	7955	8349	9720	8803	8915
	Militärausgaben/BIP	0,7	0,7	0,9	0,7	0,7
Malaysia	Militärausgaben (absolut)	3423	3307	3509	3676	3777
	Militärausgaben/BIP	1,0	0,9	1,0	1,0	1,0
Vietnam	Militärausgaben (absolut)	6017	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	2,3	-	-	-	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2021). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2017	2018	2019	2020	2021
HDI-Wert	0,704	0,710	0,718	0,710	0,699

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und o (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Zusammenfassung: Mit einem Bruttonationaleinkommen von 3.950 US-Dollar gelten die Philippinen als „lower-middle income country“. Der Staat weist keine außergewöhnlich hohe Auslandsverschuldung oder besondere Abhängigkeiten (etwa von Entwicklungsgeldern oder speziellen Wirtschaftssektoren) auf. Die Wirtschaft gilt als mittelmäßig diversifiziert und wettbewerbsfähig und als relativ krisenfest. Soziale Stressoren wie eine hohe Inflation sind wenig ausgeprägt. Vulnerabel sind die Philippinen jedoch in Bezug auf Naturkatastrophen. Aufgrund der stabilen Wachstumsraten könnte das Land in naher Zukunft dennoch zu einem „upper-middle income country“ aufsteigen. Auch die soziale Entwicklung liegt mit einem HDI-Wert von 0,699 nur ganz knapp unter der Klasse der Länder mit einer hohen menschlichen Entwicklung. Die Gesundheits- und Bildungsausgaben gelten mit 4,3 % bzw. 3,6 % am BIP nicht als besonders hoch – im Vergleich mit den ebenfalls niedrigen Militärausgaben (1,2 %) aber auch nicht als unangemessen niedrig. Eine Gefahr, dass überhöhte Militärausgaben die Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen, ist derzeit nicht gegeben.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 3.950 US-Dollar pro Kopf zählen die Philippinen zu den „lower-middle income economies“. Mit einer Auslandsverschuldung von 27 % (gemessen am BIP) weist das Land keine außergewöhnlich hohen Schulden auf und nahm seit der letzten Schuldentilgung beim Internationalen Währungsfonds im Jahr 2006 keine weiteren Kredite mehr bei diesem in Anspruch. Mit einem Score von 61,9 Punkten im Global Competitiveness Index (2019) erreichten die Philippinen Rang 64 im entsprechenden Ranking, was auf eine mittelmäßige Wettbewerbsfähigkeit schließen lässt. Auch im Global Economic Diversification Index liegt das Land knapp im vorderen Drittel. Forst-, Landwirtschaft und Fischerei machen rund 9,5 % des BIPs aus und stellen somit keinen Vulnerabilitätsfaktor dar. Ein wichtiger Sektor ist der Exportsektor, der rund 28,4 % des BIPs ausmacht und insbesondere durch Telekommunikationsdienstleistungen (24 %) und Elektronikartikel (ca. 30 %) geprägt ist. Daneben gilt der Exportsektor aber als stark diversifiziert, weshalb auch hier keine besondere Abhängigkeit von einzelnen Bereichen besteht und was auf eine gewisse Resilienz hinweist. Die Philippinen weisen zudem seit Jahren stabile Wachstumsraten auf (durchschnittlich 5 % BIP-Wachstum in den letzten 10 Jahren) und verzeichnen eine wachsende Mittelschicht. Die Covid-19 Pandemie stellte

zwar einen enormen Schock für die Wirtschaft dar (Einbruch um 9,5 %), diese konnte sich jedoch sehr schnell wieder erholen. Es ist anzunehmen, dass die Philippinen in den kommenden Jahren die Schwelle zu der Gruppe der „upper-middle income economies“ (ab 4.465 Dollar Bruttonationaleinkommen pro Kopf) überschreiten wird.

Eine grundsätzlich größere Gefahr für die Philippinen sind Naturkatastrophen. So sollen rund 60% der Landfläche bzw. 74% der Bevölkerung Gefahren wie Überschwemmungen, Dürren, Wirbelstürmen, Erdbeben und ähnlichem ausgesetzt sein. Insbesondere Stürme dürften (durch die Lage im nordwestpazifischen Becken) im Zuge des Klimawandels zunehmen.

Soziale Entwicklung

Mit einem HDI-Wert von 0,699 liegen die Philippinen direkt unter dem Schwellenwert von 0,700, um als Land mit „hoher Menschlicher Entwicklung“ zu gelten. Bis vor der Covid-19 Pandemie wurde es noch als ein solches gezählt. Damit liegt es etwas unter dem regionalen Durchschnitt. Zum Vergleich: Malaysia erreicht einen Wert von 0,803, Vietnam 0,703 und Indonesien 0,705. Deutschland erreicht einen Wert von 0,942. Im Gender Development Index erlangen die Philippinen einen Wert von 0,990, was bedeutet, dass beide Geschlechter in annähernd gleichem Maße von der Entwicklung des Landes profitieren. Mit einem Gini-Index von 40,7 sind die Einkommen grundsätzlich aber recht ungleich verteilt (ein Wert ab 45 gilt als sehr bedenklich). Gelder der Offiziellen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) machen rund 0,38 % des BNE aus. Hier bestehen demnach keine Abhängigkeiten.

In Bezug auf die Sustainable Development Goals liegen noch große Hürden vor den Philippinen – so belegt es derzeit den 98. von 166 Plätzen im SDG Index Ranking. Nur bei einem der 17 Ziele befinden sich die Philippinen auf dem Weg zur Zielerreichung bis 2030; lediglich ein Ziel (nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster) gilt bisher als erreicht. Rund 27 % der entsprechenden Indikatoren scheinen gar zu stagnieren oder leicht rückläufige Tendenzen aufzuweisen. Dies dürfte zumindest teilweise aber auf die Covid-19 Pandemie zurückzuführen sein. So stellen Armut, Unterentwicklung, Bildung und teilweise auch der Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Anlagen im ländlichen Raum noch Probleme dar. 2021 lebten noch rund 3 % der Bevölkerung unter der absoluten Armutsgrenze (2,15 PPP-Dollar am Tag). Da dieser Wert im Jahr 2006 jedoch noch bei 14,9 % lag ist aber eine klar positive Entwicklung zu erkennen. Allgemein konnten einige Kennziffern (bspw. Lebenserwartung, durchschnittliche Schuldauer, Pro-Kopf-Einkommen) in den vergangenen Dekaden deutlich verbessert werden. Dennoch sind einige dieser Kennziffern hinter den zu erwartenden Werten zurückgeblieben: die Lebenserwartung bei der Geburt liegt bei 69,3 Jahren (weltweiter Durchschnitt: 71), die Alphabetisierungsquote bei 96,3 % (weltweiter Durchschnitt: 87 %), die Kindersterblichkeit von unter 5-Jährigen bei 25,7 pro 1.000 und die Müttersterblichkeit bei 78 pro 100.000 Lebendgeburten (weltweiter Durchschnitt: 38 bzw. 223). Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit gelten mit 2,2 % bzw. 5,4 % hingegen als sehr niedrig. Weitere soziale Stressoren – wie eine überdurchschnittliche Zu- oder Abwanderung, Bevölkerungswachstum, eine alternde Gesellschaft o.ä. – sind nicht gegeben.

Mit durchschnittlich 3,6 % Bildungs-, bzw. 4,3 % Gesundheitsausgaben (gemessen am BIP) in den vergangenen zehn Jahren, liegen die sozialen Aufwendungen deutlich höher als die Militärausgaben von durchschnittlich 1,2 % am BIP. Im Globalen

Militarisierungsindex belegt das Land den 129. Platz und gilt somit als sehr schwach militarisiert. Dementsprechend kommt auch die BICC-Datenbank hinsichtlich des Kriteriums 8 des europäischen Standpunktes (Gefahr der Beeinträchtigung der Entwicklung durch unverhältnismäßige militärische Kapazitäten) zu der Bewertung „nicht kritisch“. Im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung des Landes besteht – trotz einer jüngsten Stagnation hinsichtlich mancher wichtigen Kennziffern – also keine Gefahr. Angesichts der großen sozialen Herausforderungen sind die Sozialausgaben aber relativ niedrig. Derzeit sind zudem zahlreichen Rüstungsbeschaffungen und eine Streitkräftenmodernisierung geplant, um auf die Spannungen im südostasiatischen Raum zu reagieren. Es ist daher davon auszugehen, dass die Rüstungsausgaben in Zukunft weiter steigen werden, was eine Neubewertung notwendig machen würde.

bicc \
Bonn International Centre for Conflict Studies GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany
+49 (0)228 911 96-0, bicc@bicc.de

www.bicc.de
www.facebook.com/bicc.de
twitter.com/BICC_Bonn



Direktor
Professor Dr. Conrad Schetter

HERAUSGEBER
Dr. Markus Bayer

SONSTIGE MITARBEIT
Rolf Alberth
Stella Hauk
Fiona Wilshusen
Paul Rohleder

LAYOUT
BICC

VERÖFFENTLICHUNG
26.01.2024

Dieser Bericht wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

